

Intransparenz, Skandale, Prozesse: die Schweiz und ihre Rohstoffhändler



Public Eye



Raphaël de Riedmatten

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder möglich.

Sie sind bereits Mitglied? Herzlichen Dank! Und doppelten Dank, falls Sie jemandem eine Mitgliedschaft verschenken.

Sie sind noch nicht Mitglied? Für 75 Franken pro Jahr werden Sie es und erhalten regelmässig unser Magazin. Oder lernen Sie uns erst kennen und bestellen Sie gratis ein Testabonnement.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören – per Antwortkarte oder auf www.publiceye.ch/mitglieder

Public Eye

Eine bedingungslose Liebe

Auf der Titelseite dieses Magazins werfen wir einen leicht ironischen Blick auf die Schweiz und ihre grosse, wenn auch gekaufte Liebesgeschichte mit den grössten Rohstoffhändlern. Ein Sektor, der seit der Veröffentlichung unseres Buches «Rohstoff: Das gefährlichste Geschäft der Schweiz» im Jahr 2011 immer wieder durch Skandale, dubiose Geschäfte und Gerichtsverfahren Schlagzeilen generiert.

Bereits 2014 forderte Public Eye die Behörden auf, mit der ROHMA eine Aufsichtsbehörde zur Regulierung dieses Sektors einzurichten. Und im Jahr 2016 zeigten wir mit unserem «Dirty Diesel»-Bericht auf, wie Schweizer Konzerne Afrika mit giftigem Treibstoff überschwemmen. Geschehen ist herzlich wenig.

Mit dieser Ausgabe wollen wir eine Bestandesaufnahme dieses Sektors vornehmen und – einmal mehr – die Frage stellen, inwiefern die Schweiz mit ihrer laschen Haltung zum «Rohstofffluch» beiträgt. Denn wie unser Titelbild – inspiriert vom Genfer Giganten Trafigura, der sein Geschäft mit farbenfrohen Legowelten in Hochglanzbroschüren «demystifizieren» und sich als Händler im Dienste des Planeten gebärden will – vermuten lässt, können die Schweizer Trader weiterhin beinahe unreguliert tun, was sie wollen.

Das sture Nichthandeln der Schweiz kann frustrieren. Dafür gibt es andernorts ermutigende Zeichen. Fünf Jahre nach der Veröffentlichung unserer «Dirty Diesel»-Recherche hat die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft einen vernünftigen Schwefelgrenzwert für Treibstoffe beschlossen. Und in Sambia muss Glencore endlich für die Vergiftung von Menschen und wegen aggressiver Steuervermeidung geradestehen.

Nach dieser Ausgabe reicht die bisherige Redaktion dieses Magazin in neue Hände weiter. Ich verabschiede mich in der Überzeugung, dass es viel Geduld und Hartnäckigkeit braucht, Veränderungen hin zu einer «besseren» Welt anzustossen. Hoffen wir, dass die Wählerinnen und Wähler in der Schweiz im November bei der Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative die Chance nutzen, gegenüber Politik und Wirtschaft ein klares Zeichen zu setzen. Aber wie auch immer das Resultat – nach einem wohl rauen Abstimmungskampf – ausfallen wird: Die Arbeit von Public Eye wird auf jeden Fall weiterhin dringend nötig sein.

R. de Riedmatten

Bestandesaufnahme: die Schweiz und ihre Trader

Drehscheibe Schweiz: der skandalbehaftete Erdölhandel ▶ S. 4

Report: Wie die Rohstoffhändler ihre Geschäfte finanzieren ▶ S. 6

Infografik: die Finanzinstrumente der Trader ▶ S. 9

Nornickel: der russische Umweltsünder und seine Handelsabteilung in Zug ▶ S. 13

Glencore verdächtigt: Gegen den Rohstoffgiganten wird nun auch in der Schweiz ermittelt ▶ S. 18

Glencore verurteilt: Das oberste Gericht Sambias spricht Glencore in zwei Fällen schuldig ▶ S. 20

«Dirty Diesel»: Vier Jahre nach unserer Recherche wird dem dreckigen Geschäft der Riegel geschoben ▶ S. 22

Covid-19

Wettrennen um Corona-Behandlungen und Impfstoffe: jedes Land für sich ▶ S. 24

Tod eines Bananenarbeiters: Der durch Pestizide geschwächte Lenin Merino hatte keine Chance gegen das Virus ▶ S. 27

Pestizidexporte

Hier verboten, dort verkauft: Europas giftige Exporte in Zahlen ▶ S. 30

Konzernverantwortung

Die Abstimmung naht: Holen Sie sich Ihre Postkarten und mobilisieren Sie mit! ▶ S. 34



Kupfermine Mopani in Sambia: Seit Jahren weist Public Eye auf die Steuervermeidungspraktiken von Glencore und die Vergiftung der Umwelt durch deren Tochterfirma Mopani Copper Mines hin. Nun wurde der Konzern vom obersten Gericht Sambias in zwei separaten Urteilen schuldig gesprochen. Mehr ab Seite 20.

Personelle Rochaden beim Public Eye Magazin

Mit dieser Ausgabe verabschiedet sich Raphaël de Riedmatten von Public Eye und nimmt eine neue berufliche Herausforderung an. Gleichzeitig wechselt Timo Kollbrunner organisationsintern die Stelle und wird sich künftig auf Recherchen und Reportagen zu globalen Lieferketten konzentrieren. Die redaktionelle Leitung und die Produktion des Magazins gehen in neue Hände über. In Lausanne wird Ariane Bahri, die zuletzt als Chefredakteurin bei der Bundeskanzlei arbeitete, für die französischsprachige Ausgabe verantwortlich sein. Im Büro in Zürich übernimmt Romeo Regenass, langjähriger Wirtschaftsredaktor beim Tagesanzeiger und zuletzt unter anderem bei der Kommunikationsagentur Weissgrund tätig. Herzlich willkommen!

Wir müssen über Erdöl reden

Irgendetwas läuft schief mit dem Erdöl. Ob es gehandelt wird, abgezweigt, verschüttet, verbrannt oder gestohlen: Immer wieder kommt es zu Skandalen. Als Drehscheibe des Rohstoffhandels steht die Schweiz regelmässig im Fokus. Wir haben analysiert, wie die grossen Trader ihre Deals finanzieren – und warum die Banken längst die Kontrolle verloren haben. Angesichts der fehlenden Regulierung des Sektors bleibt oft nur noch der Rechtsweg, um Auswüchse zu sanktionieren.

ADRIÀ BUDRY CARBÓ

Zum Beispiel Sibirien: Weil der Permafrost auftaut, sind in der russischen Polarregion Tausende Gebäude und Infrastrukturbauten einsturzbedroht. In abgelegenen Gebieten reisst der wegbrechende Erdboden gar klaffende Löcher auf. Sommer für Sommer verstärkt sich dieses der globalen Erwärmung geschuldete Phänomen: Die Durchschnittstemperatur in der Region, in der Russlands grösste Öl-, Gas- und Mineralienvorkommen liegen, ist in den letzten 30 Jahren bereits um drei Grad Celsius gestiegen.

Vom auftauenden Permafrost war denn auch Ende Mai dieses Jahres rasch die Rede, als bekannt wurde, dass aus dem Tank eines Kraftwerks des Bergbaukonzerns Norilsk Nickel rund 21 000 Tonnen Diesel ausgelaufen waren. Laut der Wirtschaftszeitung «Kommersant» war dies die grösste je in der russischen Arktis aufgrund eines Lecks ausgelaufene Erdölmenge. Im Juli kam es zu einem erneuten Unfall, diesmal bei der Tochtergesellschaft Norilsk Transgas. Aus einer leckgeschlagenen Pipeline flossen 44,5 Tonnen Treibstoff in die Umwelt.

Das Unternehmen gehört Wladimir Potanin, dem reichsten Oligarchen Russlands. Erst nach zwei Tagen schlug die Unternehmensleitung Alarm und erklärte sogleich, der auftauende Untergrund habe das Unglück verursacht. Der Konzern hatte allerdings Wartungsarbeiten an den Tanks verschlampt und auf schützende Erdwälle gleich ganz verzichtet. Die Verantwortungskette könnte von Norilsk über 5000 Kilometer bis nach Genf führen, wo das Unternehmen bis November 2019 seine Holdinggesellschaft angesiedelt hatte. Oder nach Zug, wo es heute noch eine Handelsgesellschaft betreibt, über welche Unternehmensgewinne in die Schweiz abgeführt werden, wie wir ab Seite 13 dieser Ausgabe aufzeigen.

Banken haben Kontrolle verloren

Im Rohstoffsektor kommt es immer wieder zu Skandalen. Und ob es nun um Umweltkatastrophen, Finanzbetrug, die Konkurswelle in Singapur oder korrupte Machenschaften geht – immer wieder landen wir früher oder später in der Schweiz. Doch während die Polkappen weiter schmelzen, verharren die Schweizer Behörden seit jeher eisern in der immer gleichen Position: Sie stellen sich gegen jeden noch so kleinen Schritt für eine bessere Regulierung des Sektors, der im Schatten der Finanzplätze Genf und Zürich formidabel prosperiert.

Szenenwechsel: Der Konkurs eines Traders aus Singapur reicht, um Genfer Banken und Handelshäusern Verluste in Millionenhöhe zuzufügen. Und es zeigt sich, dass mit dem «Akkreditiv», einem Kreditbrief, der als grundsolides Finanzinstrument gilt, auf einem der wichtigsten Handelsplätze über Jahre systematisch getrickst wurde.

In diesem Dossier zeigen wir die Palette an Finanzinstrumenten auf, mit denen sich die Rohstoffhändler liquide Mittel verschaffen – oder gleich selbst als Banken auftreten (ab Seite 6). Zu Titel und Gestaltung des zugrunde liegenden Berichts «Trade Finance Demystified» haben uns die Broschüren von Trafigura inspiriert, mit denen der Konzern einem breiten Publikum Aspekte seiner Tätigkeit näherbringen will. Unsere inhaltliche Schlussfolgerung lautet aber wenig überraschend etwas anders als jene des Rohstoffhandelsgiganten: Angesichts der immer komplexer werdenden Finanzkreisläufe haben die Banken längst die Kontrolle verloren. Ihre Compliance-Abteilungen wären nicht in der Lage, den Überblick über ihre Gelder zu wahren – selbst dann nicht, wenn sie es ernsthaft versuchen würden. Was zeigt, wie

wenig überzeugend die Strategie der Regulierungsgegner ist, die behaupten, der Rohstoffsektor stünde aufgrund seines Kapitalbedarfs unter «indirekter Aufsicht» von ihrerseits bestens überwachten Banken.

Rechtsweg statt Regulierung

Wo eine griffige Regulierung fehlt, bleibt nur der Rechtsweg, um Auswüchse zu sanktionieren. Im Juni hat die Bundesanwaltschaft bestätigt, gegen Glencore wegen Organisationsmängeln im Zusammenhang mit Bestechungszahlungen im Kongo eine Strafuntersuchung eingeleitet zu haben. Im November 2019 war die Genfer Konkurrentin Gunvor für den gleichen Tatbestand zur Zahlung von 94 Millionen Franken verurteilt worden. In diesem Fall ging es um Korruption in der Republik Kongo und in Côte d'Ivoire.

Ende 2017 hatte Public Eye bei der Bundesanwaltschaft belastende Dokumente und eine Strafanzeige gegen Glencore eingereicht – wenige Wochen, nachdem durch die «Paradise Papers» bekannt geworden war, wie sich der Zuger Konzern für wenig Geld Zugang zu Kupfer- und Kobaltminen verschafft und welche Rolle der dubiose Geschäftsmann Dan Gertler dabei gespielt hatte. Dieser steht inzwischen auf der Sanktionsliste des US-Finanzministeriums – weshalb er sich seine Lizenzgebühren von Glencore nun in Euro überweisen lässt. Anfang Juli haben Global Witness und die afrikanische Whistleblower-Plattform PPLAAF in einem Bericht aufgezeigt, wie er sich dafür ein neues Firmen-Netzwerk aufgebaut hat (siehe Seite 18).

Für Glencore, umsatzmässig mit 214 Milliarden Franken 2019 das zweitstärkste Unternehmen der Schweiz, häufen sich die Verfahren. Mittlerweile werden in den USA, in Grossbritannien, Brasilien und der Schweiz Geschäfte des Zuger Rohstoffgiganten strafrechtlich untersucht. Und in Sambia wurde der Konzern im Zusammenhang mit seiner Kupfermine Mopani jüngst gleich doppelt schuldig gesprochen: einmal wegen des Vergiftungstodes einer bekannten Politikerin, einmal

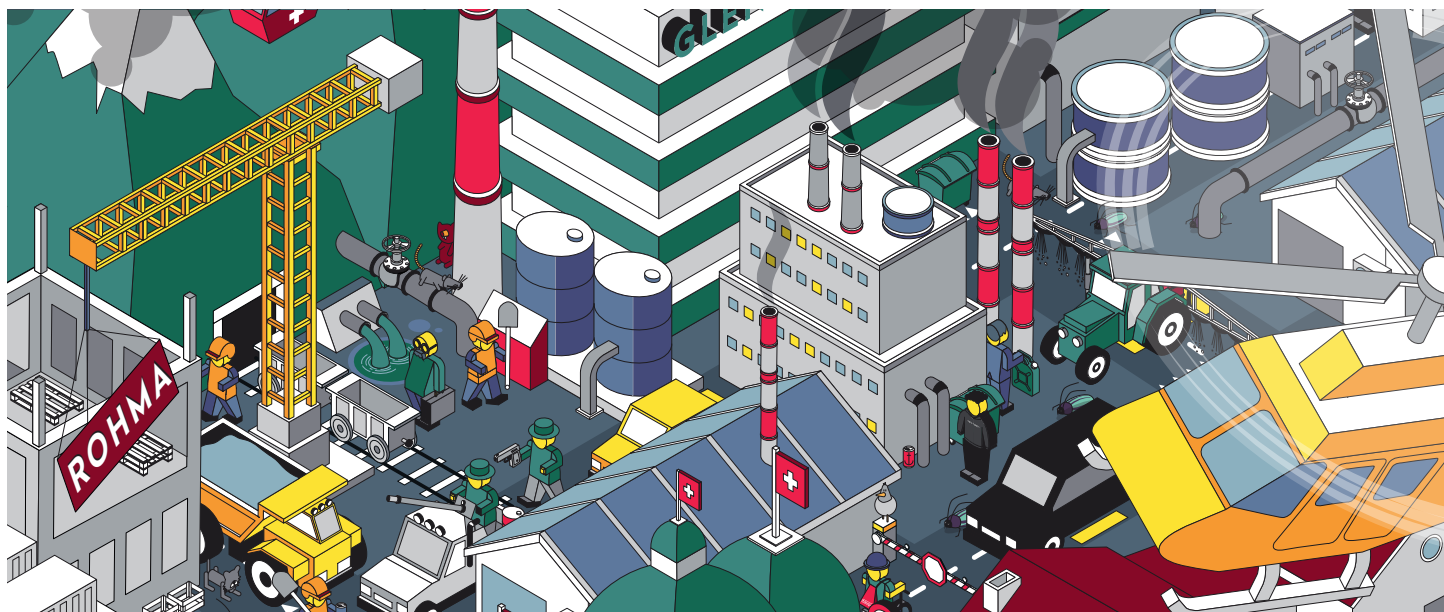
wegen Steuervermeidung (siehe Seite 20). Der Konzern scheint sich auf weitere Verurteilungen einzustellen und eine Ablösung seiner Führungsetage vorzubereiten. CEO Ivan Glasenberg hat bereits einige seiner loyalsten Mitarbeitenden ersetzt und spricht immer offener über seine mögliche Nachfolge. Sein allfälliger Abgang dürfte die Firma jedoch kaum vor einem Gesichtsverlust bewahren.

Weniger Schwefel in Afrika

Und noch ein Schlaglicht, diesmal auf eine erfreuliche Entwicklung: Vier Jahre nach der Veröffentlichung unseres Berichts «Dirty Diesel», in dem wir aufzeigten, wie schmutzig der Treibstoff ist, der in afrikanischen Ländern unter anderem von Schweizer Tradern verkauft wird, hat die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS einen wichtigen Schritt zur Reduktion des Schwefelgehalts von Treibstoffen unternommen (siehe Seite 22). Ab dem ersten Januar 2021 gilt in den 15 ECOWAS-Staaten, in denen etwa ein Drittel der afrikanischen Bevölkerung lebt, ein Grenzwert von 50 ppm (parts per million, Anteile pro Million) Schwefel für importierte Treibstoffe. Ab 2025 müssen sich auch lokale Raffinerien an diesen Wert halten.

Das Parlament und der Ministerrat von ECOWAS müssen den Beschluss noch formell ratifizieren – das Coronavirus hat den Zeitplan durcheinandergebracht. Die neuen Normen werden ein grosser Schritt in Richtung sauberere Luft und für die Gesundheit der Menschen sein. Damit kommt ein Teil des afrikanischen Kontinents schon nahe an den in Europa seit zehn Jahren geltenden Grenzwert von 10 ppm heran. Die Entwicklung ist umso wichtiger, als Afrika das stärkste Wachstum beim Fahrzeugbestand aufweist.

Fortan können sich Schweizer Trader nun nicht mehr hinter laxen Gesetzen verstecken, um in Westafrika Treibstoff mit bis zu 378 Mal mehr Schwefel zu verkaufen als in Europa erlaubt. Künftig stünden die betreffenden Konzerne nicht mehr nur auf der falschen Seite der Geschichte (und der Gerechtigkeit), sondern auch ausserhalb des gesetzlichen Rahmens.



Cash – der Rohstoff der Trader

Wer finanziert die Rohstoffhändler? Welche Kontrolle haben die Banken tatsächlich darüber, wohin ihr Geld fliesst? Public Eye hat die wichtigsten Finanzinstrumente der Trader und die Institutionen, die diese anbieten, unter die Lupe genommen. Wir nennen die Hauptkreditgeber der fünf grossen in der Schweiz ansässigen Handelshäuser – und zeigen die Regulierungslücken auf, von denen sie in hohem Masse profitieren.

GÉRALDINE VIRET UND ADRIÀ BUDRY CARBÓ

Cash ist der unverzichtbare «Rohstoff», um etwa Rohöladungen kaufen, transportieren und abliefern zu können. Auch um sich gegen Preisschwankungen abzusichern oder teure Akquisitionen tätigen zu können, sind Trader auf Geld angewiesen. In diesem höchst umkämpften, mit kleinen Margen operierenden Sektor müssen Händler auf ein Netzwerk von Banken abstellen können, um Deals im zweistelligen Millionenbereich abwickeln – und schliesslich fette Gewinne erzielen – zu können.

So zentral die Finanzierung für den Rohstoffhandel ist, so wenig weiss die Öffentlichkeit darüber. Die wenigen verfügbaren Zahlen sind nicht nur veraltet, sondern weichen auch derart stark voneinander ab, dass kaum abzuschätzen ist, wie viel Kapital in die Rohstoffhandelsfirmen am Genfer- oder am Zugersee fliesst – und wofür diese schlussendlich eingesetzt werden.

Vor mehreren Monaten haben wir uns bei Public Eye deshalb angeschickt, ins Dickicht des Handelsfinanzierungssystems einzudringen, um mehr über dessen blinde Flecken und Risiken zu erfahren. Zu recherchieren in einer komplexen Welt, verkompliziert durch den Slang der Trader und gleichzeitig hochpolitisch. Denn seit Jahren lässt der Bundesrat das verlauten, was ihm von den Rohstoffhändlern und ihrer Lobby ins Ohr geflüstert wird: In der Schweiz bestehe keine Notwendigkeit für eine Regulierung des Rohstoffsektors, da die Tätigkeit der Handelsgesellschaften unter

indirekter Aufsicht der Banken stehe, die sie finanzieren. In einem im Februar vorgelegten, vom Parlament verlangten Bericht hat es der Bundesrat einmal mehr verpasst, den Willen zu bekunden, diesen Sektor, der der Schweiz in den letzten Jahren in schöner Regelmässigkeit Skandale beschert hat, zumindest etwas enger an die Leine zu nehmen. Die Behörden erkennen zwar an, dass im Rohstoffsektor ein «hohes Korruptionsrisiko» bestehe, liefern aber weder neue Zahlen hinsichtlich der Finanzierung des Rohstoffhandels durch Schweizer Banken, noch schlagen sie irgendwelche Massnahmen für eine wirksame Aufsicht vor (siehe Kasten). Und dies, obwohl die Schwergewichte im Schweizer Rohstoffhandel wie nie zuvor im Fokus der Gerichte stehen.

Keine Leitplanken für Händler

Eine Ausgangslage also, die geradezu nach einer vertieften Recherche schreit. Wir haben mit einem guten Dutzend Fachleuten aus der Branche gesprochen, die bereit waren, anonym ihr Hintergrundwissen mit uns zu teilen. Die Aussagen dieser Bankiers, Compliance Officers und Trader offenbaren eine gefährliche Entwicklung der Finanzinstrumente und Praktiken im Rohstoffsektor, die der Kontrolle durch die Banken immer mehr entgleiten. Sie zeigen eine Realität, die nichts zu tun hat mit der idealen Lego-Welt, die Trafigura in ihren Broschüren «Commodities Demystified» und «Prepay-

Ohne NGOs und Medien kriegen die Banken kaum was mit

Schweizer Banken können korrupte Transaktionen im Rohstoffhandel kaum erkennen: Das räumt der Bundesrat in seinem Bericht vom Februar in Erfüllung eines Postulats von CVP-Ständerätin Anne Seydoux implizit ein. Die Analyse der Verdachtsmeldungen an die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) zeigt nämlich, dass Finanzintermediäre «meist» erst durch externe Quellen, etwa Recherchen von NGOs oder Medien, «auf die gemeldeten potenziell unrechtmässigen Vermögenswerte im Rohstoffhandel aufmerksam» würden. Lediglich neun der 367 analysierten Mitteilungen an die Meldestelle betrafen «operative Handelsunternehmen». Und: «Von diesen neun Fällen wurde nur einer vom die Handelstätigkeit des Kunden finanzierenden Finanzintermediär gemeldet.» Die Schweizer Behörden räumen also ein, dass ihr Ansatz grandios gescheitert ist – und schlagen dennoch keinerlei Massnahmen für eine wirksamere Aufsicht vor.

ments Demystified» zeichnet und in der alle auf ehrliche Weise am Geschäft verdienen und niemand dafür bezahlt. Unsere Recherche zeigt vielmehr das auf, was selbst der Bundesrat zwischen den Zeilen einräumen muss: Die Banken sind nicht in der Lage, den Handelsunternehmen Leitplanken zu setzen.

Während Bankkredite zögerlicher gewährt werden, erfinden die kapitaldurstigen Händler neue Finanzierungswege. In den 1970er-Jahren war das durch den Bankier Christian Weyer von BNP Paribas eingeführte «Akkreditiv» (ein Kreditbrief) das Herzstück der Genfer Handelsfinanzierung. Seither haben sich die Spielregeln fundamental gewandelt – in für den Sektor typischer, höchst undurchsichtiger Weise.

Die grossen Rohstoffhandelsfirmen übernehmen mittlerweile den grössten Teil der Finanzierung selbst. Sie haben Zugang zu ausgeklügelten Finanzinstrumenten, die ihnen mehr finanzielle Flexibilität verschaffen – bei gleichzeitig schwindender Bankenaufsicht. Ein Beispiel dafür sind die «Revolving Credit Facilities» (zu Deutsch etwa: «wiederkehrende Kreditlinie»), die je nach Situation einem Selbstbedienungsladen oder einem Blankoscheck der Banken an die Trader gleichkommen.

Und manchmal treten die mit Milliarden jonglierenden Rohstoffhandelskonzerne gleich an die Stelle der Banken: Sie gewähren Kreditlinien an kleinere Gesellschaften oder kolossale Darlehen an bereits hoch verschuldete afrikanische Staaten, im Austausch gegen einen privilegierten Zugang zu Erdöl. Manche

Konzerne in diesem sich rasant wandelnden Sektor sind mittlerweile «too big to fail» geworden.

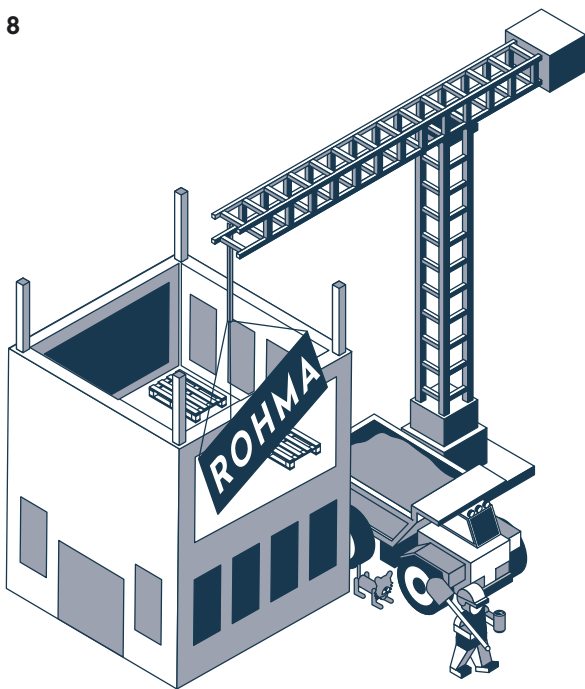
Wer finanziert die Schweizer Rohstoffhändler?

363,8 Milliarden US-Dollar: So viel haben die Schweizer Rohstoffhändler Glencore, Trafigura, Vitol, Mercuria und Gunvor von 2013 bis 2019 von den Banken erhalten. Dies zeigen exklusive Zahlen, die Public Eye vom Non-Profit Recherchebüro Profundo mit Sitz in den Niederlanden erhalten hat.

Zu den wichtigsten Kreditgebern gehören Credit Suisse und UBS, die den fünf Konzernen seit 2013 6,6 beziehungsweise 6 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt haben. Auch die Kantonalbanken mischen mit, obwohl sie in öffentlichem Besitz sind. So hat die Zürcher Kantonalbank rund 1,26 Milliarden, die Genfer Kantonalbank 939 Millionen und die Waadtländer Kantonalbank 894 Millionen US-Dollar an Krediten gewährt. Hinzu kommen die Beträge von grossen Instituten wie Société Générale, Crédit Agricole oder früher der BNP Paribas, die ihre Abteilungen für «Trade Finance» von Genf aus steuern.

Ein beträchtlicher Teil der von Schweizer Händlern aufgenommenen Gelder stammt jedoch von Finanzinstituten ohne Sitz oder Vertretung in der Schweiz. Hier ist die sogenannte «indirekte Aufsicht» durch Banken, die den Schweizer Gesetzen unterstellt sind, von vornherein ausgeschlossen. Institute aus weniger regulierten Ländern spielen in diesem Finanzierungswettlauf eine Schlüsselrolle. Beispielsweise wurde die Bank VTB,





Auf einen Blick: Warum die indirekte Aufsicht des Rohstoffhandels durch die Banken illusorisch ist

- 1 Die grössten Schweizer Rohstoffhändler beziehen einen erheblichen Teil ihrer Kredite von ausländischen Banken, die dem schweizerischen Geldwäschereigesetz nicht unterstellt sind. Im Finanzierungswettlauf gewinnen Banken aus Regulierungssoasen kontinuierlich an Boden.
- 2 Die im Geldwäschereigesetz vorgesehenen Sorgfaltspflichten sind nur auf das Vertragsverhältnis zwischen der Bank und ihrem Kunden anwendbar. «Finanzinstitute sind nicht verpflichtet, die Kunden ihrer Kunden zu überwachen», hat die FINMA klargestellt.
- 3 Die wichtigsten Finanzinstrumente der Rohstoffhändler lassen die Aufsicht durch die Banken ins Leere laufen. Selbst die Banken geben zu, dass sie verdächtige Transaktionen nicht erkennen können, wie die Analyse der Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) bestätigt. Die meisten Meldungen über verdächtige Transaktionen erfolgen erst lange nach der Tat aufgrund von Medienberichten oder durch NGOs.
- 4 Ob durch die Gewährung von Krediten an kleinere Unternehmen oder durch kolossale Vorfinanzierungsverträge mit rohstoffreichen afrikanischen Ländern: Rohstoffhändler schlüpfen zunehmend selbst in die Rolle von Banken, obwohl sie selbst keinerlei zwingenden Sorgfaltspflichten unterliegen.

die von der russischen Regierung kontrolliert wird, im Jahr 2016 mit knapp 11,4 Milliarden US-Dollar auf einen Schlag zur grössten Kreditgeberin von Glencore. Eine andere undurchsichtige Partnerin ist die Libysche Zentralbank, die mit vier der fünf Schweizer Top-Händlern zusammenarbeitet. Auch die Banken von Mauritius, die für ihre Intransparenz bekannt sind, spielen in letzter Zeit eine wichtige Rolle im Rohstoffsektor.

Eine neue Behörde unter der Sonne

Bereits vor sieben Jahren hatte Public Eye skizziert, wie durch eine wirksame Regulierung von der Schweiz aus der Rohstofffluch in den Förderländern bekämpft werden könnte. Die Aufgabe der dafür geschaffenen (und leider immer noch fiktiven) Rohstoffaufsichtsbehörde ROHMA (www.rohma.ch): Dazu beizutragen, dass der Rohstofffluch vermindert wird und Ressourcen für Entwicklung und Armutsbekämpfung in rohstoffreichen Entwicklungsländern mobilisiert werden. Als «Schwesterbehörde» der Finanzmarktaufsicht FINMA wäre die ROHMA ein überzeugendes Konstrukt. Das dachte offenbar auch die Immobilienagentur, die uns aufgrund des überzeugenden Internetauftritts Räumlichkeiten für circa 300 Mitarbeitende anbot. Zudem haben sich mehrere Fachleute aus der Branche beworben, und ein Dutzend Unternehmen beantragten bei der ROHMA eine Lizenz.

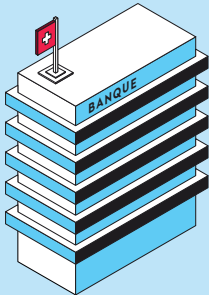
Doch während es Jahr für Jahr zuverlässig zu Skandalen um Korruption oder Geldwäscherei mit Beteiligung von Schweizer Öl- und Rohstoffkonzernen kommt, lässt die tatsächliche Gründung einer Rohstoffmarktaufsicht genauso auf sich warten wie irgendeine andere wirksame Regulierung des Sektors. Der Bundesrat produziert immer wieder Berichte ohne jeglichen neuen Handlungsansatz, die längst als Mär enttarnte Leier von der indirekten Bankenaufsicht stets von Neuem repetierend – wenn er nicht gerade in fast rührender Gutgläubigkeit an die Konzerne appelliert, sie sollten sich doch bitte schön «integer und verantwortungsbewusst» verhalten. Unsere eigenen Recherchen zeigen wie die wachsende Anzahl Gerichtsverfahren gegen in der Schweiz tätige Rohstoffhändler die Beschränktheit dieses Ansatzes in aller Deutlichkeit auf. Es ist Zeit zu handeln.

Neben der Schaffung einer Aufsichtsbehörde fordert Public Eye Sorgfaltspflichten bezüglich Geschäftsbeziehungen (insbesondere jenen mit politisch exponierten Personen, kurz: PEPs) und Lieferketten. Weiter braucht es für Rohstoffhändler dringend verbindliche Transparenzregeln für ihre Zahlungen an Regierungen der Förderländer. Ebenso müssen Verträge offengelegt und die wirtschaftlich Berechtigten an Unternehmen bekannt werden. Denn wie schrieb der ehemalige US-Verfassungsrichter Louis Brandeis in seinem Buch «Das Geld der Anderen: Wie die Banker uns ausnehmen»: «Sonnenlicht ist das beste Desinfektionsmittel». ■

Die Finanzinstrumente der Rohstoffhändler

1

Der Kreditbrief



Wie funktioniert?

Ein Kreditbrief oder Akkreditiv ist eine Verpflichtung, eine Zahlung zu leisten, die mit physischen Rohstoffen abgesichert ist. Es ist das älteste und am häufigsten genutzte Instrument im Rohstoffsektor und funktioniert wie ein kurzfristiger Kredit, der durch eine Bank im Namen eines Händlers ausgegeben wird.

Die Vorteile für die Trader

- Erlaubt es Unternehmen mit wenig Eigenkapital, sich Millionen zu beschaffen.
- Der Kredit ist mit tatsächlichen Waren abgesichert.

Die Risiken

- Der Kreditbrief schützt nicht vor Betrug.
- Trader können den gleichen Rohstoff als Garantie für mehrere Kreditbriefe einsetzen.



Direkte, relativ starke Bankenaufsicht

Der Kreditbrief gilt als das sicherste Finanzinstrument in der Rohstoffbranche. Wenn eine der Vertragsparteien ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, kann die Bank die Lieferung beschlagnahmen lassen und sich so «rückvergüten». Diese Art der Transaktionsfinanzierung ist auch die kompletteste in Bezug auf die Dokumentation: Theoretisch ermöglicht sie es den Banken, die gesamte Transaktion nachzuverfolgen.

2

Konsortialkredite oder «wiederkehrende Kreditlinie»



Wie funktioniert?

Konsortialkredite (Revolving Credit Facilities [RCF]; zu Deutsch etwa «wiederkehrende Kreditlinie») werden von einem grossen Bankenkonsortium gewährt, deren Mitglieder sich so das Risiko teilen. Eine federführende Institution – in der Regel eine namhafte Bank – stellt als «Konsortialführerin» in Absprache mit dem Rohstoffhändler das Konsortium zusammen. Sobald die Kreditlinie gewährt ist, haben die Handelsfirmen jederzeit Zugriff darauf.

Die Vorteile für die Trader

- Der Trader kann wie in einem Selbstbedienungsladen frei über die Kredite verfügen.
- Die Kreditvereinbarung kann ohne erneute Verhandlungen verlängert werden.

Die Risiken

- Die Banken beurteilen lediglich die finanzielle Stabilität des Traders, verlieren dann aber die Spur ihrer Gelder.
- Konsortialkredite ermöglichen es grossen Handelshäusern, sich selbst als Banken zu betätigen und Förderländern oder anderen Tradern mit dem Geld, das sie zu günstigeren Konditionen erhalten haben, Kredite zu gewähren.



Beschränkte indirekte Bankenaufsicht

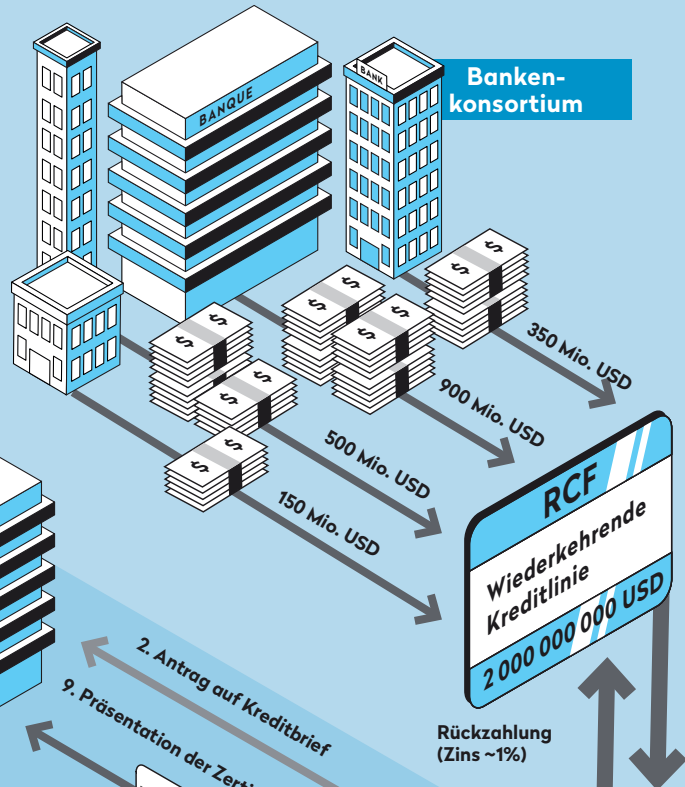
Konsortialkredite gehören zu den nicht durch Waren abgesicherten Finanzierungsinstrumenten. Der Verwendungszweck der gewährten Kredite wird von der Compliance-Abteilung der Banken in der Regel nicht überprüft. Ein RCF-Vertrag stellt auf die finanzielle Stabilität eines Rohstoffhändlers ab, die periodisch überprüft wird.

FINANZIERUNG DURCH BANKEN

- ➔ Lieferungen
- ➔ Zahlungen
- ➔ Verträge

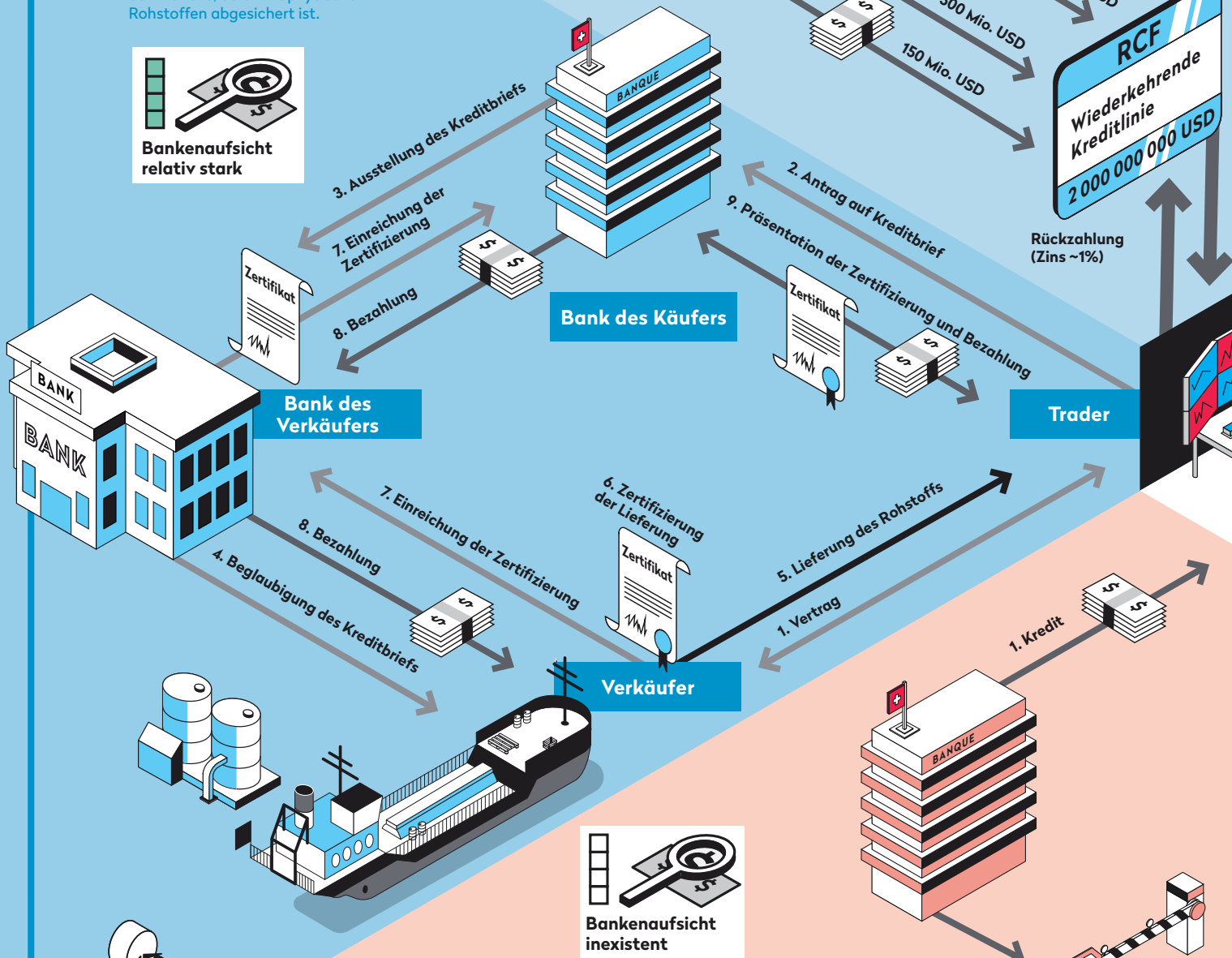
2 Konsortialkredite («wiederkehrende Kreditlinie»)

Konsortialkredite (Revolving Credit Facilities) werden von einem grossen Bankenkonkordium gewährt, deren Mitglieder sich so das Risiko teilen. Der Trader kann jederzeit frei über diese Kredite verfügen, um Akquisitionen zu tätigen oder seinerseits kleineren Tradern oder Produktionsländern Kredite zu gewähren.



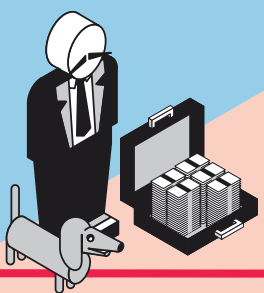
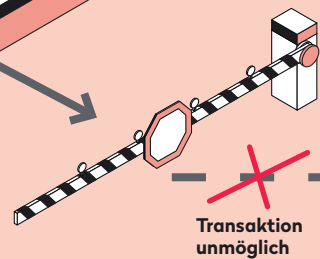
1 Der Kreditbrief

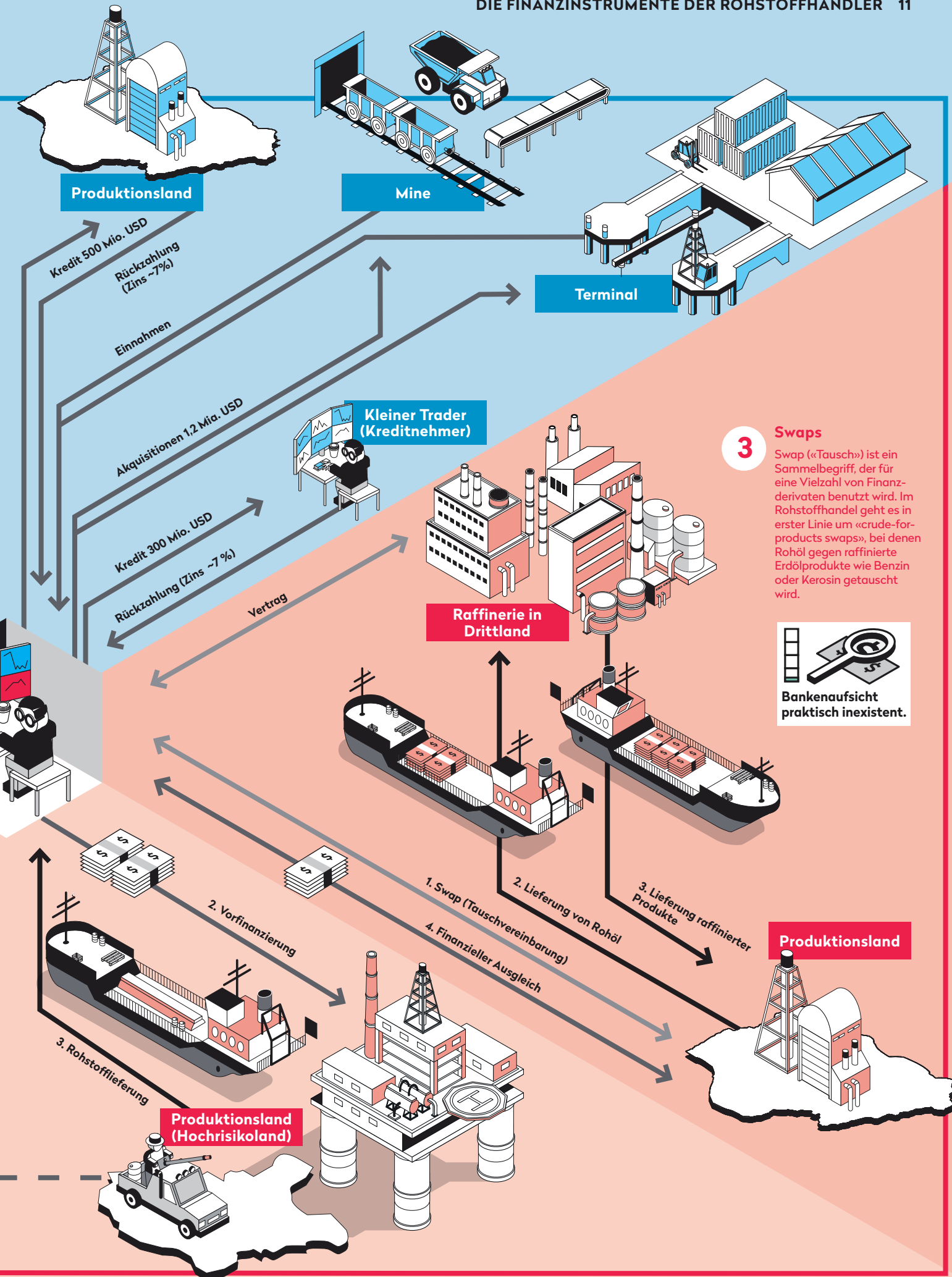
Ein Kreditbrief ist eine Verpflichtung, eine Zahlung zu leisten. Er gilt als das sicherste Finanzinstrument in der Branche, da er mit physischen Rohstoffen abgesichert ist.



4 Vorfinanzierungen

Vorfinanzierungen bezeichnen die Gewährung eines Darlehens an ein staatliches Unternehmen im Austausch für die Lieferung einer bestimmten Rohstoffmenge zu einem festgelegten Zeitpunkt in der Zukunft.



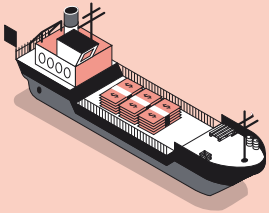


3 Swaps
 Swap («Tausch») ist ein Sammelbegriff, der für eine Vielzahl von Finanzderivaten benutzt wird. Im Rohstoffhandel geht es in erster Linie um «crude-for-products swaps», bei denen Rohöl gegen raffinierte Erdölprodukte wie Benzin oder Kerosin getauscht wird.


Bankenaufsicht praktisch inexistent.

3

Die Swaps



Wie funktioniert?

Bei Swaps wird Rohöl gegen raffinierte Erdölprodukte wie Benzin oder Kerosin getauscht – in der Regel zwischen einem Rohstoffhändler und einem erdölfördernden Land, das wegen geringer Raffineriekapazitäten Treibstoffe zur Deckung seines Inlandbedarfs importieren muss. Das Förderland verpflichtet sich, Rohöl zu einem im Voraus festgelegten Preis gegen eine bestimmte Menge raffinierter Produkte zu liefern. Diese Transaktionen sind komplex, da es bei den Preisen von Rohöl und Erdölprodukten naturgemäß stets Schwankungen gibt.

Die Vorteile für die Trader

- Der Tausch von Rohöl gegen Erdölprodukte macht Banken – und damit auch Bankgebühren – praktisch überflüssig.
- Rohstoffhändler können durch solche Geschäfte privilegierte Beziehungen zu Förderländern aufbauen und sich so einen praktisch garantierten Zugang sichern.

Die Risiken

- Meist finden diese Tauschgeschäfte unter dem Radar der Banken statt.
- Die komplizierte Struktur solcher Deals ist anfällig für versteckte Provisionen und Bestechungszahlungen.
- Die Förderländer begeben sich in eine starke Abhängigkeit der Rohstoffhändler.

Quasi inexistente Bankenaufsicht



Swaps minimieren die Implikation von Banken – und umgehen damit nicht nur deren Provisionen, sondern auch deren Kontrollen. Zudem werden Vereinbarungen zwischen Rohstoffhändlern und (oft armen) Förderländern in höchster Intransparenz abgeschlossen, und es gibt keinerlei internationale Standards für «crude-for-products»-Tauschgeschäfte.

4

Vorfinanzierungen

Wie funktioniert?

Dringender Cash-Bedarf? Trader können da helfen. Gerade Förderländern, die (meist aufgrund ihrer Verschuldung) nur schwerlich Zugang zu den Finanzmärkten haben, werden von Rohstoffhändlern sogenannte «Vorfinanzierungskredite» angeboten. Dabei geht es um die Gewährung von Darlehen, meist an ein staatliches Unternehmen, im Austausch für die Lieferung einer bestimmten Rohstoffmenge zu einem vereinbarten Zeitpunkt. Produktionsländer verpfänden so ihre natürlichen Ressourcen über Jahre hinaus.

Die Vorteile für die Trader

- Der Händler sichert sich zu einem festen Preis einen mittel- bis langfristigen Zugang zu den Ölvorkommen eines Landes.
- Dadurch kann er sich ein Monopol oder zumindest ein Quasi-Monopol auf den Erwerb von Erdöl aus diesem Land sichern.

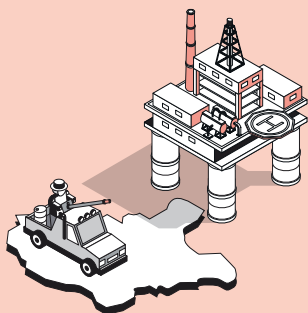
Die Risiken

- Die Vereinbarungen zur Vorfinanzierung sind total intransparent.
- Das Risiko ist hoch, dass sich Förderländer in Abhängigkeit begeben und ihre Schuldenlast weiter anwächst.
- Bei sinkenden Ölpreisen muss das Förderland für den erhaltenen Betrag immer mehr Öl fördern – ein Teufelskreis.

Bankenaufsicht inexistent



Die Trader nutzen für solche Vorfinanzierungen zwar meistens Bankkredite, doch die Banken haben selten Zugang zur Formel, mit der der Preis pro Barrel des (in der Zukunft gelieferten) Öls festgelegt wird. Die Trader ihrerseits haben – im Gegensatz zu den Banken – keinerlei Verpflichtung, die Verwendung dieser Kredite zu überprüfen.



Serien-Umweltsünder Norilsk Nickel vertreibt seine Metalle von Zug aus

Seit Ende Mai 21000 Tonnen Diesel in zwei Flüsse im äussersten Norden Sibiriens ausliefen, tritt die Nachlässigkeit von Norilsk Nickel, dem weltweit führenden Hersteller von Nickel und Palladium, immer deutlicher zutage. Weniger bekannt ist, dass dafür indirekt auch die Schweiz eine Verantwortung trägt: Denn hier befindet sich die Handelsabteilung des Bergbauiganten.

AGATHE DUPARC

© Kirill Kukhar/TASS/Getty Images

Freitag, 29. Mai 2020, um die Mittagszeit. Andrej Afinogenow steuert seinen japanischen Wagen über eine Strasse im hohen Norden Sibiriens. Bald wird er am Kraftwerk Nummer 3 vorbeikommen, einem riesigen Komplex zur Versorgung von Norilsk, einer 170 000-Personen-Stadt jenseits des Polarkreises, im Norden der Region Krasnojarsk. Da wird Andrej Afinogenow stutzig: Auf der Fahrbahn haben sich mehrere, teils tiefe Pfützen gebildet. Er hält an und merkt gerade noch rechtzeitig, dass die Pfützen nach Treibstoff riechen. Über das Dach rettet er sich aus seinem Fahrzeug, kurz bevor dieses in Flammen aufgeht.

Ein kleiner Zwischenfall? Mitnichten. Es ist der Anfang von einer der grössten Umweltkatastrophen in der Arktis überhaupt. Verantwortlich ist der Konzern MMC Norilsk Nickel (kurz: Norinickel), der weltweit führende Produzent von raffiniertem Nickel und Palladium, welcher über seine Energietochter Norilsk-Taimyr (NTEK) auch Eigentümer des Kraftwerks ist. Wenige Minuten zuvor war einer Sicherheitsmitarbeiterin aufgefallen, dass im riesigen Dieseltank Nr. 5 der Druck abgefallen und ein Leck entstanden war.

Die Feuerwehr benötigt zwei Stunden, um den von Andrej Afinogenows Auto verursachten Brand zu löschen. Während sie das Gelände mit Kohlendioxidschnee besprüht, ergiessen sich 21 000 Tonnen Treibstoff in die Tundra, wie ein Amateurvideo zeigt. Die gewaltige Menge Diesel verschmutzt das Erdreich und gelangt in nahe gelegene Flüsse: erst in den Daldykan, dann in die Ambarnaja.

Auf der Wasseroberfläche bildet sich bald ein weinroter Teppich, der sogar aus dem Weltraum sichtbar ist. Bilder, die um die Welt gehen. Auf Social Media wird Alarm geschlagen. Ein Anwohner postet ein Video, wie er in der Ambarnaja verschmutztes Wasser sammelt, ein Papier hineinsteckt und dieses anzündet. Es brennt lichterloh.

Die Umweltkatastrophe erinnert an die Ölpest, die der Tanker Exxon Valdez 1989 vor der Küste Alaskas verursacht hatte. Doch es dauert volle zwei Tage, bis die russische Regierung den gravierenden Vorfall zur Kenntnis nimmt und endlich Gegenmassnahmen eingeleitet werden.

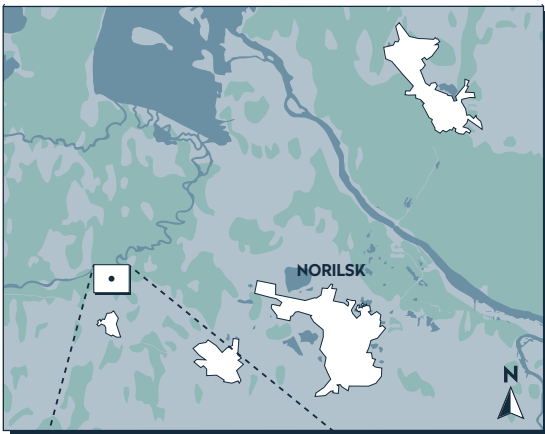
Seit dem Desaster hat Norinickel eine Kommunikationsoffensive gestartet. Der Bergbaukonzern behauptet, er habe 90 Prozent des Diesels wieder auffangen können, indem er Hunderte Kubikmeter Wasser abgepumpt und verseuchte Erde abgetragen habe. Mit schwimmenden Ölsperren habe er zudem verhindert, dass der Treibstoff in den Piassinosee, eine riesige Süsswasserreserve flussabwärts, gelangte. Diverse unabhängige russische Experten widersprechen dieser Darstellung. Mitte Juni führte der Hydroökologe Goergii Kovanosyan vor Ort Messungen durch. Die Kohlenwasserstoffwerte waren zweieinhalbmal höher als normal. Noch beunruhigender ist, dass er sogar im Fluss Piassino unterhalb des Piassinosees Spuren von Schadstoffen fand. Der Fluss ist für die Taimyr-Halbinsel lebenswichtig und mündet in die Karasee im Arktischen Ozean.

Die von zahlreichen Seen und Flüssen sowie von reichen Erz- und Kohlevorkommen geprägte Region wird von halbnomadischen Bevölkerungsgruppen

1.



2.



3.



Norilsk liegt in der Region Krasnojarsk nördlich des Polarkreises im russischen Sibirien. Das Kraftwerk Nummer 3, welches die Stadt versorgt, wird von einem Tochterunternehmen des Konzerns MMC Norilsk Nickel betrieben. Ein Leck am Dieseltank Nummer 5 stand am Beginn der Katastrophe Ende Mai.

bewohnt, die von Rentierzucht und Fischfang leben. Zudem leben hier Eisbären und die letzten noch in freier Wildbahn vorkommenden Moschusochsenherden. Dieses ganze Ökosystem ist bedroht.

Ein Tank aus dem Jahr 1985

Nornickel beeilte sich, mitzuteilen, dass die Ursache des Vorfalles der Klimawandel sei, der den Norden Sibiriens mit voller Wucht trifft. Mit dem fortschreitenden Auftauen des Permafrosts – des bislang durchgehend gefrorenen Bodens – kommt es immer häufiger zu Erdbeben, die die Fundamente von Gebäuden und Fabriken in Mitleidenschaft ziehen. Aus diesem Grund soll gemäss Nornickel auch der Dieseltank zusammengebrochen sein. Die Realität ist komplizierter. Der Tank, der leckschlug, wurde 1985 gebaut. Gemäss der russischen Aufsichtsbehörde Rostekhnadzor, die für Ökologie, Technologie und Nuklearanlagen zuständig ist, hätte er 2016 repariert werden sollen. Seither sei er in den Registern des Konzerns als «ausser Betrieb» ausgewiesen worden. Der Konzern seinerseits gibt an, den Tank 2017 wieder instand gesetzt und 2018 hydraulische Tests und eine Betriebssicherheitsüberprüfung an dem Tank vorgenommen zu haben.

Die Rüge von Putin

Rostekhnadzor stuft die Unfallgefahr auch in anderen Industrieanlagen von Nornickel als «alarmierend» ein. Die Aufsichtsbehörde hält fest, dass auch die Wartung dieser Anlagen unzureichend sei und die meisten Standorte nicht über automatische Systeme zur Prävention von Lecks verfügten. Sie fordert dringend einen Betriebssicherheitsplan. Über die dafür nötigen Ressourcen dürfte der Bergbaukonzern verfügen. Im Jahr 2019 hat Nornickel einen Umsatz von fast 14 Milliarden US-Dollar und einen Nettogewinn von 6 Milliarden US-Dollar erzielt. An seine Aktionäre und Aktionärinnen schüttete er 4,8 Milliarden US-Dollar an Dividenden aus.

Pünktlich zum Internationalen Tag der Umwelt am 5. Juni rügte Wladimir Putin den Generaldirektor und Hauptaktionär von Nornickel öffentlich. Der Oligarch Wladimir Potanin, dessen Vermögen nach dem Unfall aufgrund des tauchenden Aktienkurses von 26,7 Milliarden auf 23,1 Milliarden US-Dollar sank, ist eigentlich ein langjähriger Verbündeter des russischen Präsidenten. Doch nun fühlte ihm Putin während einer im Fernsehen übertragenen Videokonferenz auf den Zahn. Er fragte ihn, wie viel es denn gekostet hätte, den Tank zu ersetzen. Als Antwort bekam er vom reichsten Mann Russlands nur ein verlegenes Nuscheln.

Nachdem der Notstand ausgerufen worden war, nahm sich der russische Untersuchungsausschuss – das Moskauer Gremium für komplexe strafrechtliche Ermittlungen – des Falles an. Es wurde eine strafrecht-



Wladimir Potanin, reichster Russe und Besitzer von Nornickel (links auf dem Bild in der Mitte), wird von Präsident Putin ins Kreuzverhör genommen.

© Sputnik/Alexei Nikolsky via Reuters

liche Untersuchung wegen Verstosses gegen das Umweltgesetz und wegen Fahrlässigkeit eingeleitet. Die bislang drei Beschuldigten – der Direktor des Betriebs sowie zwei Ingenieure – wurden bis Ende Juli in Untersuchungshaft gesetzt.

Und die Umweltschutzbehörde Rosprirodnadzor tat etwas, was sie noch nie getan hatte: Sie forderte von Nornickel die «freiwillige» Bezahlung einer Entschädigung in der Rekordhöhe von 147,8 Milliarden Rubel (1,9 Milliarden Franken). Der Konzern akzeptiert diese Berechnung der Schadenssumme jedoch nicht und beziffert den entstandenen Schaden auf lediglich 136 Millionen Franken. Derweil produziert Nornickel aufwendige Broschüren, um den Effort der Firma bei den Sanierungsarbeiten hervorzuheben. In aller Eile wurde zudem eine «Umwelt-Task-Force» gegründet, die mithelfen soll, dass «Umweltfragen» in der «Unternehmenskultur» ein grösserer Stellenwert eingeräumt wird.

Die an der Moskauer und der St. Petersburger Börse notierte Nornickel-Aktie sackte ab. Der russische Aluminiumkonzern Rusal, der 28 Prozent der Nornickel-Aktien hält, forderte Wladimir Potanin auf, das Führungsteam auszuwechseln und «die Regeln des Konzerns in Umwelt- und Sicherheitsfragen» zu revidieren.

Ein Rohr für jeden Journalisten

Der jüngste Vorfall war keineswegs ein Einzelfall. Wassili Rjabinin, ehemaliger Mitarbeiter der russischen Umweltschutzbehörde in Norilsk, kündigte nach der Katastrophe vom 29. Mai seine Stelle. Er wirft Nornickel vor, jahrzehntelang Informationen zurückgehalten zu haben. Täglich würden grobe Verstösse gegen Umweltnormen begangen, ohne dass jemand davon erfahre.

Die lokalen und nationalen Behörden zeigten bisher keine Bereitschaft zum Handeln. «Wenn Journalisten nach Norilsk kommen, kann ich für jeden einzelnen ein Rohr finden, aus dem giftige Stoffe in die Umwelt geleitet werden», sagte er auf einer Pressekonferenz von Nowaja Gaseta und Greenpeace.

Der WWF Russland seinerseits konnte für die Zeit von Juni 2017 bis Juli 2019 mithilfe von Satellitenbildern mehrere Fälle dokumentieren, bei denen der Verdacht besteht, dass unbehandeltes Abwasser in Flüsse und Gewässer in der Gegend um Norilsk gelangte – jeweils in der Nähe von Minen und Fabriken von Nornickel, unter anderem bei Talnach, 25 Kilometer von Norilsk entfernt. Diese Vorfälle waren nie öffentlich gemacht worden.

Und die fatale Pannenserie riss auch nach der Katastrophe letzten Mai nicht ab. Am 28. Juni ertappten die Oppositionszeitung Nowaja Gaseta und Greenpeace Russland Nornickel dabei, wie das Unternehmen giftige Rückstände in der Natur entsorgte. Ein auf Youtube aufgeschaltetes Video zeigt, wie abgepumptes Wasser aus dem Abfallbecken von Nornickels Anreicherungsanlage in Talnach durch grosse Rohre in den Fluss Charajelach geleitet wird. Auch dieser Fluss mündet in den Piassinosee. Diesmal war es kein Unfall. Verantwortliche des Betriebs erschienen flugs vor Ort, stoppten hastig die Pumpe und bauten die Rohre ab. Drei Personen wurden in der Folge entlassen.

Aller schlechten Dinge sind drei: Am 12. Juli kam es schliesslich zum Bruch einer Pipeline bei Norilsktransgaz, einer weiteren Gesellschaft im Besitz von Nornickel. Dabei gelangten in der Nähe von Tuchard, einem Dorf mit 900 Einwohnerinnen und Einwohnern auf der Taimyr-Halbinsel, 44,5 Tonnen Kerosin in die Umwelt.



Weil der alte Dieseltank Nummer 5 des Kraftwerks bei Norilsk leck schlug...

© Irina Yarinskaya/AFP/Getty Images

Nornickels Standbein im Schweizer Hinterland

Nornickel konnte jahrelang unbehelligt geschäften und musste kaum jemandem Rechenschaft ablegen. Die wichtigsten Abbau- und Produktionsstätten des Konzerns befinden sich auf den beiden Halbinseln Taimyr und Kola im Nordwesten Russlands. Der Konzern hat mehrere Tochtergesellschaften in Russland, Finnland, Südafrika und Australien. Doch der Konzern hat auch ein Standbein in der Schweiz. Seit 2002 ist eine Tochtergesellschaft von Nornickel namens Metal Trade Overseas AG in aller Diskretion in Zug tätig: im bahnhofnahen Einkaufszentrum Metalli an der Baarerstrasse 18, an derselben Adresse wie ein Schuhgeschäft. Gemäss Nornickels Jahresbericht 2019 spielt die Metal Trade Overseas AG eine sehr zentrale Rolle. Über diese Handelsgesellschaft, die hauptsächlich logistische und finanzielle Aufgaben wahrnimmt, verkauft Nornickel demnach seine gesamte Produktion aus Russland und Finnland ins Ausland – nach Europa, China oder in die USA. Es geht um Nickel und Palladium, aber auch um Platin, Kupfer, Kobalt und weitere Edelmetalle.

An derselben Adresse in Zug war bis November 2019 noch ein zweites Unternehmen registriert: Die Norilsk Nickel Holding AG, im Jahr 2000 in Genf gegründet und danach eine Zeit lang auch in Sarnen (Obwalden) ansässig. Inzwischen wurde dessen Firmensitz nach Limassol auf Zypern verlegt. Schliesslich gab es noch ein weiteres Unternehmen namens Norilsk Nickel Services SA (vormals Norilsk Metal Trading SA), das von 2000 bis 2018 an der Rue du Rhône 50 in Genf gemeldet war. Während dieser Jahre in Genf finanzierte sich die Gruppe über dortige Banken, erhielt Kreditlinien von BNP Paribas und ING, aber auch von UBS,

Credit Suisse und der Waadtländer Kantonalbank, wie dem Finanzbericht 2008 von Nornickel zu entnehmen ist. In den Finanzberichten der Folgejahre wurden diese Angaben dann durch Vermerke wie «Bank A», «Bank B» usw. ersetzt.

Ein grosszügiger Gönner ...

Nach den Umweltschäden, die der Bergbaukonzern auch zuvor schon verursacht hatte, fragte in Genf offenbar keiner. Im Februar 2016 wurde ihm sogar herzlich für seinen finanziellen Beitrag zur Restaurierung des Russischen Salons im Palais des Nations, dem UNO-Hauptquartier, gedankt. Dabei rühmte sich das Unternehmen seiner karitativen Tätigkeiten zugunsten der Bevölkerung der Städte des Polarkreises. Metal Trade Overseas AG, aktuell der einzige Standort des Konzerns in der Schweiz, beschäftigt rund 15 Mitarbeitende. Sein Hauptzweck besteht wahrscheinlich darin, Gewinne zu verschieben, um die Steuerlast des Konzerns zu senken. Der Gewinnsteuersatz des Kantons Zug ist mit 11,5 Prozent einer der tiefsten in Europa.

Geschäftsführer ist der Franzose Christophe Koenig. Er wurde Anfang Mai 2020 eingestellt und gleichzeitig zum Leiter des globalen Verkaufs und Marketings des Mutterhauses ernannt. Er freute sich «auf die Tätigkeit in einem Weltklasse-Metallkonzern mit einem extrem starken Geschäftsmodell, mit einer emissionsarmen und kostengünstigen Produktionsbasis, einem Portfolio zentraler Metalle für eine nachhaltige Zukunft und einem beeindruckenden Investitionsplan mit Fokus auf Umweltmanagement und auf die Entwicklung revolutionärer Technologien», schwärmte der Mann, der zuvor bei der deutschen Aurubis tätig war, einem



... flossen 21000 Tonnen Diesel in die Tundra.

der weltgrössten Kupferproduzenten. Das Timing für die Lobesrede war nicht ideal. Ein Monat später erfuhr die ganze Welt, wie schlampig Nornickel mit Teilen seiner Infrastruktur umgeht. Und dass der Konzern sich auch nicht davor scheut, Umweltnormen eklatant zu missachten und Unwahrheiten zu verbreiten.

Der fromme Wunsch des Schweizer Botschafters

Einmal jedoch sah sich der Bergbaukonzern gezwungen, zu handeln. Im Juni 2016 musste er seine Nickelhütte im Herzen der Stadt Norilsk schliessen. Der 1942 erbaute Klotz hatte jährlich fast 400 000 Tonnen Schwefeldioxid ausgestossen, was zu einer massiven Luftverschmutzung in der Stadt führte. In einem Umkreis von 30 Kilometern wuchs, in erster Linie wegen des sauren Regens, keine Vegetation mehr. Die Schliessung der Schmelzhütte wurde vom Konzern als grosser Fortschritt gefeiert. Alle Nickelverarbeitungstätigkeiten in der Region wurden in das zwölf Kilometer entfernte, neu gebaute und modernisierte Werk «Nadejda» verlegt.

«Nadejda» bedeutet auf Russisch Hoffnung. Doch vier Monate später kam es ausgerechnet an diesem Standort zu einem Unfall, bei dem Eisenoxid in die Umwelt gelangte. Betroffen war auch hier der Fluss Daldykan, dessen Wasser sich plötzlich blutrot färbte. Erschrockene Wandererinnen und Beerenpflücker bemerkten die Verschmutzung, während Nornickel zunächst alles abstritt und den Journalistinnen und Journalisten Bilder von reinem blauen Wasser schickte. Als das Unternehmen die Wahrheit nicht mehr abstreiten konnte, erklärte es, dass die rote Farbe völlig ungiftig sei. Der Vorfall wurde mit einer Geldstrafe in der Höhe von 450 Franken erledigt. Pikantes De-

tail: Im April 2017 erhielt die Fabrik «Nadejda» Besuch von Yves Rossier, dem Schweizer Botschafter in Russland. Nornickel bemühte sich schon damals um ein umweltfreundlicheres Image. In der Medienmitteilung zum Botschafterbesuch ist der damals neu ernannte Freiburger Diplomat mit den Worten zitiert: «Wenn Unternehmen weltweit umweltfreundlichere Produktionsmethoden anwenden, verbessern sie gleichzeitig ihre Effizienz. Genau dies ist mit Nornickel geschehen: Im Vergleich zur Arbeitsweise vor 20 Jahren hat die Gruppe in dieser Zeit nicht nur ihre Produktivität verbessert, sondern ist auch umweltfreundlicher geworden.» Die jüngsten Ereignisse zeigen, dass dies nur fromme Wünsche waren.

Initiative würde greifen

Und einmal mehr ist die Schweiz in eine gigantische Ökokatastrophe verwickelt. Wie zuvor beim Dammbruch von Vale, der in Brasilien Hunderten von Menschen das Leben kostete und wo es auch eine Schweizer Handelstochter gibt. Oder bei Transocean, der Firma, die für BP die Förderplattform betrieb, deren Explosion den Golf von Mexiko grossflächig verschmutzte. Letztere hat sogar ihren Sitz in Steinhausen.

Die Konzernverantwortungsinitiative braucht es gerade auch für solche hochproblematischen Firmen, bei denen kaum bekannt ist, dass sie auch aus der Schweiz heraus tätig sind. Die Schweizer Nornickel-Tochter wäre nach deren Annahme gezwungen, Rechenschaft über die Produktionsbedingungen der von ihr verkauften Rohstoffe abzulegen. Sie müsste Details über die diesjährige Katastrophe und weitere Umweltrisiken offenlegen und sich verbindlich verpflichten, ihren Einfluss geltend zu machen, damit diese Gefahren abgewendet werden. ■

Discount-Lizenzen kommen Glencore teuer zu stehen

Obwohl die US-Justiz gegen den dubiosen Geschäftsmann Dan Gertler Sanktionen verhängt hat, führte eine Tochtergesellschaft von Glencore ihre Zahlungen an ihn fort, wie afrikanische Whistleblower aufgezeigt haben. Der israelische Diamantenhändler, welcher der Regierung der Demokratischen Republik Kongo nahesteht, war von Glencore beauftragt worden, Konzessionen für Kupfer- und Kobaltminen auszuhandeln. Ende Juni teilte die Bundesanwaltschaft mit, dass sie – infolge einer von Public Eye eingereichten Anzeige – ein Strafverfahren wegen Korruption gegen den Konzern mit Sitz in Zug eröffnet hat.

ADRIÀ BUDRY CARBÓ

Ob es ihm nun gefällt oder nicht: Das Schicksal des Zuger Rohstoffriesen ist unwiderruflich mit demjenigen Dan Gertlers verknüpft. Der israelische Diamantenhändler, dessen Name regelmässig in geleakten Dokumenten aus Steueroasen auftaucht, steht der Regierung der Demokratischen Republik Kongo seit Jahren äusserst nahe. 2001 soll er ihr im Austausch für ein Monopol auf den Diamantenverkauf Waffen geliefert haben. Ende 2017 verhängte die USA Sanktionen gegen ihn und 18 seiner Unternehmen, um ihn an der Weiterführung seiner vermutlich kriminellen Aktivitäten im Kongo zu hindern. Das ist auch für den Schweizer Multi Glencore wenig schmeichelhaft, der zehn Jahre zuvor erstmals mit dem israelischen Geschäftsmann zusammengearbeitet hatte, um im Kongo Lizenzen für Kupfer- und Kobaltminen zu erhalten.

Doch die Beobachtung durch die US-Justiz hinderte Dan Gertler offensichtlich nicht daran, seine Geschäfte im Kongo weiterzuführen. Dies hat der am 2. Juli von der Platform to Protect Whistleblowers in Africa (PPLAAF) und der NGO Global Witness veröffentlichte Bericht «Undermining Sanctions» gezeigt. Darin wird detailliert beschrieben, wie der israelische Geschäftsmann sein Netz aus Offshore-Konstruktionen neu organisiert hat, um weiterhin Zahlungen von Glencores Tochtergesellschaft Mutanda erhalten zu können.

Sanktionen umgehen mithilfe des Euro

Bankunterlagen belegen die Zahlung von Lizenzgebühren in der Höhe von 13,3 Millionen Euro von Mutanda an eine von Gertlers Firmen zwischen dem 27. und dem 30. Juli 2018. Weitere 4,6 Millionen Euro hatte er am 22. Juni desselben Jahres erhalten – eine Zahlung, die Glencore selbst bestätigt hat.

Der Zuger Konzern fand sich nach der Verhängung der Sanktionen durch die USA in einer höchst unbequemen Position wieder; auf der einen Seite der Druck der USA, auf der anderen die eigenen Geschäftsinteressen im Kongo und dazu ein Partner, den man im Kongo braucht,

bei dem aber die Banken kalte Füsse bekommen. Dass Gertler in Euro bezahlt wurde, ist kein Zufall: Wer auf der Sanktionsliste des US-Finanzministeriums steht, kann nämlich keine Transaktionen in US-Dollar mehr tätigen – jener Währung, in der in der Demokratischen Republik Kongo Zahlungen in der Regel abgewickelt werden.

Mit dem Entscheid, Dan Gertler weiterhin Lizenzgebühren zu überweisen, riskierte Glencore seinerseits Sanktionen der USA. Erst recht, weil das US-Finanzministerium am 15. Juni 2018 14 weitere mit Gertler verbundene Einrichtungen auf die Liste gesetzt hatte, darunter eine gewisse Ventora Development SASU. Einen Monat später musste Glencore bekannt geben, dass das US-Justizministerium wegen des Verdachts auf Korruption in der Demokratischen Republik Kongo, in Nigeria und Venezuela eine Untersuchung gegen den Konzern eingeleitet habe.

Gertlers neues Netzwerk

Dabei hatte Gertler durchaus Vorkehrungen getroffen. Die Recherche von PPLAAF und Global Witness beschreibt die Manöver des Gertler-Clans nur eine Woche nach der ersten Sanktionsrunde Ende 2017. Gertlers auf den Britischen Jungferninseln ansässige Fleurette Mumi Holdings Limited wurde flugs in die Demokratische Republik Kongo verlegt und in Ventora Development umbenannt. An diese Firma gingen dann die Zahlungen der Glencore-Tochtergesellschaft.

Die von der PPLAAF analysierten, vertraulichen Bankunterlagen decken auch ein neues Netzwerk von kongolesischen und europäischen Vehikeln auf – mit direkter oder indirekter Verbindung zu Dan Gertler sowie Personen «mit Verbindung zu einer professionellen Geldwäscherei-Operation» in Europa und Israel. Mittels dieser hochkomplexen Konstrukte sind der Demokratischen Republik Kongo wohl Millionen von US-Dollar entzogen worden. Die Vehikel wurden auch für Zahlungen an das staatliche Bergbauunternehmen Gécamines gebraucht. Die Recherche zeigt auch die dubiose Rolle der Afriland First Bank

im Kongo auf, die Zahlungen des Gertler-Clans einstrich, sowie potenzielle Verstösse gegen die Sorgfaltspflicht vonseiten der Banken, welche die Transaktionen abwickelten.

In seiner Antwort an PPLAAF und Global Witness erklärt Glencore, man habe die «rechtlichen und geschäftlichen Optionen im Rechtsstreit mit Ventora sorgfältig geprüft». Der einzige gangbare Weg, um keine Beschlagnahme seiner Vermögenswerte in der Demokratischen Republik Kongo zu riskieren, bestehe darin, die Lizenzgebühren «in einer anderen Währung als dem US-Dollar» zu bezahlen, «ohne amerikanische Personen einzubeziehen».

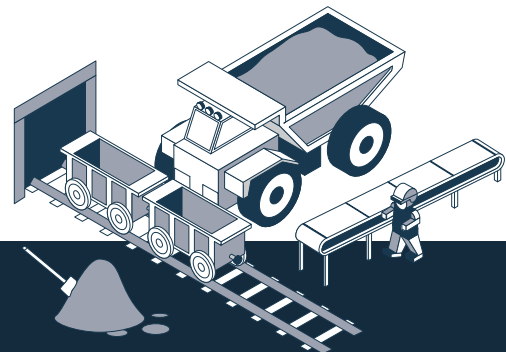
Die Schweizer Bundesanwaltschaft ermittelt

Doch die Schlinge zog sich zu. Am 19. Juni musste der Konzern mit Sitz in Zug nach dem wöchentlichen Börsenschluss in einer Pressemitteilung bekanntgeben, dass die Bundesanwaltschaft eine strafrechtliche Untersuchung gegen ihn eingeleitet habe; wegen mangelhafter Organisation im Zusammenhang mit mutmasslicher Korruption in der Demokratischen Republik Kongo. Derselbe Anklagepunkt also, unter dem der Genfer Händler Gunvor im vergangenen Herbst wegen illegaler Aktivitäten in der Republik Kongo und in Côte d'Ivoire zu einer Zahlung von 94 Millionen Franken verurteilt worden war.

Der Hintergrund ist eine Strafanzeige wegen Glencores Geschäften in der Demokratischen Republik Kongo, die Public Eye Ende 2017 bei der Bundesanwaltschaft eingereicht hatte. Später lieferten neue Unterlagen, die im Rahmen der Paradise Papers ans Licht

kamen, weitere Hinweise auf Veruntreuungen beim Erwerb von Minen. Dan Gertler hatte zwischen 2008 und 2009 in diesen Geschäften vermittelt. Entschädigt wurde er dafür mit einem geheimen Kredit von 45 Millionen US-Dollar in Form von Aktien der übernommenen Katanga Mining. Der Kredit war an den Erfolg von Gertlers Verhandlungen mit der Regierung des damaligen, dem israelischen Geschäftsmann nahestehenden Präsidenten Kabila geknüpft. Dank Gertlers «Händchen» für erfolgreiche Geschäfte schrumpfte der für die Schürfrechte als eine Art «Zutrittsgeld» bezahlte Betrag von 585 auf 140 Millionen US-Dollar. Ein miserabler Deal für die Demokratische Republik Kongo, welcher damit umgerechnet ein Zehntel ihres Haushaltsbudgets entging.

Auch Glencore scheint die Geschichte teuer zu stehen zu kommen. Abgesehen davon, dass aufgrund der Rechtsprobleme sein Aktienkurs einstürzte, musste der Konzern grosse Summen hinblättern, um Dan Gertlers Forderungen zu erfüllen. Die Übernahme der Mutanda-Mine kostete ihn 2017 insgesamt 922 Millionen US-Dollar. Der belgischen Organisation Resource Matters zufolge schuldete Glencore den mit Gertler verbundenen Firmen allein im Jahr 2018 110 Millionen Dollar Lizenzgebühren. Im Kongo können Discount-Lizenzen in der Endabrechnung recht viel kosten. ■



Glencore-Fälle weltweit

- Juni 2020: Die Bundesstaatsanwaltschaft eröffnet eine Untersuchung wegen mangelhafter Organisation im Zusammenhang mit mutmasslichen Korruptionshandlungen in der Demokratischen Republik Kongo, nachdem Public Eye 2017 Strafanzeige gegen den Konzern eingereicht hatte.
- Dezember 2019: Untersuchung durch die britische Anti-Korruptionsbehörde Serious Fraud Office wegen Verdachts auf Korruption bei der Abwicklung von Rohstoffgeschäften.
- April 2019: Eröffnung einer Untersuchung durch die Commodity Futures Trading Commission (die US-Regulierungsbehörde für Termingeschäfte) wegen Verdachts auf Korruption im Zusammenhang mit Rohstoffgeschäften.
- Dezember 2018: Ankündigung der Eröffnung einer Untersuchung durch die brasilianische Bundesstaatsanwaltschaft gegen Glencore und seine zwei Konkurrentinnen Vitol und Trafigura wegen Verdachts auf Zahlung von Bestechungsgeldern an Beamte der staatlichen Ölgesellschaft Petrobras.
- Juli 2018: Einreichung einer Sammelklage beim Bezirksgericht von New Jersey durch eine Gruppe von US-Aktionärinnen und -aktionären, die Glencore beschuldigen, in Bezug auf die Korruptionsvorwürfe gelogen zu haben, um seinen Aktienkurs nicht zu beeinträchtigen.
- Seit Juli 2018: Untersuchung durch das US-Justizministerium wegen Verdachts auf Korruption und Geldwäscherei in Nigeria, der Demokratischen Republik Kongo und Venezuela seit 2007.

Doppelter Schuldspruch: In Sambia kommt Glencore nicht mehr ungeschoren davon

2011 hatte Public Eye im Bestseller «Rohstoff – Das gefährlichste Geschäft der Schweiz» zwei Skandale von Glencore in Sambia offengelegt. Die aggressive Steuervermeidung und die Vergiftung der Menschen in der sambischen Stadt Mufulira, deren Häuser direkt an die Kupfermine der Glencore-Tochter Mopani grenzen. In beiden Fällen gab es jetzt bahnbrechende Urteile in Sambia.

ANDREAS MISSBACH

Am Abend des 31. Dezembers 2013 nimmt Beatrice Miti als Ehrengast an einem Neujahrsgottesdienst in der «Chawama Hall» teil, die etwa einen halben Kilometer von der Glencore-Mine entfernt liegt. Die sambische Politikerin ist bekannt und geschätzt in Mufulira, denn sie hat jahrelang gegen die Schwefelemissionen von Mopani gekämpft. Wie so oft stösst das Kupferschmelzwerk auch an diesem Abend giftige Abgase aus, welche vom Wind in die Wohnquartiere getragen werden. Beatrice Miti erleidet einen Atemstillstand, bricht zusammen und stirbt kurz darauf an Herzversagen. Die Obduktion ergibt als Todesursache das Einatmen von giftigen Gasen, worauf ihr Witwer Geoffrey Miti Klage gegen Mopani einreicht. Darauf folgt ein jahrelanger Rechtsstreit.

2016 spricht der High Court der Stadt Kabwe dem Witwer eine Entschädigung für den Tod seiner Frau von umgerechnet rund 40 000 Franken zu. Das Urteil hält zudem fest, dass der Glencore-Betrieb die in Sambia geltenden Schadstoff-Grenzwerte überschritten hat. Die Konzernanwälte von Glencore hatten im Verfahren argumentiert, Mopani müsse sich gar nicht an sambische Grenzwerte halten, da bei der Privatisierung der Mine eine entsprechende Vereinbarung mit der Regierung abgeschlossen worden sei. Zudem fuhr Mopani im Prozess zwei Ärzte als Zeugen auf, die die Todesursache bestritten und stattdessen Diabetes, Rauchen und Herzbeschwerden für den Tod von Beatrice Miti verantwortlich machten. Beatrice Miti war Nichtraucherin.

Glencore akzeptiert das Urteil nicht und zieht es an den Supreme Court, das oberste Gericht Sambias, weiter. Glencore hält an der Darstellung fest, dass Mopani nicht fahrlässig gehandelt habe und die Abgase auch nicht die Todesursache seien.

Das Recht auf Leben gefährdet

Am 24. August wurde nun das Urteil des obersten Gerichts veröffentlicht. Es bestätigt das erstinstanzliche Urteil vollumfänglich, und die Entschädigung für die Angehörigen wird mehr als verdoppelt. Geoffrey Miti – der Witwer – profitiert nicht mehr davon: Er ist wäh-

rend des jahrelangen Rechtsstreits verstorben. Das Gericht spricht Klartext: Glencores Tochterfirma Mopani gefährdete mit seinen Schwefelabgasen das Recht auf Leben eines ganzen Stadtquartiers. Zudem kritisiert es die sambische Umweltbehörde scharf, weil diese die Grenzwerte nicht durchgesetzt hat.

Heisst das nun, dass es die Konzernverantwortungsinitiative gar nicht braucht, weil die Menschen ja auch so zu ihrem Recht kommen? Leider weit gefehlt. In Sambia war es in diesem Fall möglich, Glencore zur Rechenschaft zu ziehen. In anderen Fällen, etwa im Kongo, im Tschad oder in Peru, muss der Konzern weiterhin nicht für seine Taten geradestehen. Ein faires Gerichtsverfahren bleibt in vielen Entwicklungsländern angesichts hoher Korruption eine Unmöglichkeit oder zumindest Glückssache. Auch in Sambia war die prominente Politikerin nicht das erste Opfer. Die Angehörigen von vielen anderen waren aber zu arm, um überhaupt vor Gericht zu gehen. Zudem leiden viele Menschen in Mufulira weiterhin unter nicht unmittelbar tödlichen Krankheiten, und die Dächer ihrer Häuser und Hütten werden vom sauren Regen regelrecht weg geätzt. Der Fall Mopani ist – nun auch höchstrichterlich bestätigt – ein eklatantes Beispiel dafür, wie ein Schweizer Konzern wissentlich die Rechte von Menschen mit Füßen tritt. Ein Ja am 29. November verhindert, dass sich solches in Zukunft wiederholt.

Glencore muss für Kupfer blechen

Gleiche Mine, anderer Fall: Im April 2011 hatte Public Eye gemeinsam mit Partnerorganisationen in Sambia, Frankreich und Kanada beim «Nationalen Kontaktpunkt für die OECD-Leitsätze für multinationale Konzerne» der Schweiz Beschwerde gegen Glencore eingereicht. Der Vorwurf: massive Manipulationen und Buchführungstricks in Sambia. Der Hintergrund: Trotz rekordhoher Kupferpreise hatte die Glencore-Tochterfirma Mopani in Sambia Jahr für Jahr Verluste ausgewiesen – und deshalb nie Gewinnsteuern bezahlt.

Die Beschwerde stützte sich auf ein Audit von zwei Buchprüfungsfirmen, das 2009 im Auftrag der



Bald wieder in staatlichem Besitz? Glencore möchte die Kupfermine Mopani offenbar wieder loswerden.

© Kadir van Lohuizen/Anor/Keystone

sambischen Steuerbehörden mit Unterstützung Norwegens durchgeführt worden war. Zu den auffälligsten Unregelmässigkeiten, die darin zutage gefördert wurden, gehörten viel zu tiefe Kobalterträge und Verkaufspreise für Kupfer, die unter dem internationalen Referenzpreis lagen. Da Glencore fast alleiniger Abnehmer von Mopani ist, stellen die zu tiefen Kupferpreise eine klare Verletzung des «Fremdvergleichsprinzip» der OECD dar. Die darin festgeschriebene Pflicht, auch im firmeninternen Handel Marktpreise zu verrechnen, soll genau das vermeiden, was Glencore offensichtlich während Jahren getan hat: durch systematische Unterfakturierung ein rohstoffreiches Entwicklungsland um seine Einnahmen zu bringen.

«Bemerkenswertes Urteil»

Das Oberste Gericht Sambias stellte in diesem Fall bereits im Mai abschliessend fest, dass dieses Prinzip tatsächlich verletzt wurde. Dass es bis zu diesem Urteil derart lange dauerte, lag in erster Linie daran, dass die Konzernanwälte von Glencore zuvor zweimal gegen einen Entscheid rekurrirten, den die sambische Steuerbehörde angestrengt hatte. Trotz des eher geringen Betrags – die Glencore-Tochter Mopani muss 13 Millionen US-Dollar Steuern nachzahlen – spricht Emmanuel Mwamba, der sambische Botschafter bei der Afrikanischen Union, von einem «grundlegenden und bemerkenswertem Urteil». Ende August wurde bekannt, dass Glencore mit der sambischen Regierung verhandelt, um ihr Mopani wieder zu verkaufen. ▪



Schweizer «Dirty Diesel»: übler als das Gebräu aus der Buschraffinerie

Versteckt im Gewirr der Flussarme des Nigerdeltas wird mit einfachsten Mitteln aus gestohlenem Rohöl Benzin und Diesel gebraut – ohne Raffinerien oder Katalysatoren. Dass dabei dreckiger Treibstoff entsteht, kann kaum überraschen. Doch nun zeigt eine Studie: Der Treibstoff, den die Schweizer Firma Vitol importiert und an ihren Tankstellen verkauft, ist sogar noch übler.

ANDREAS MISSBACH

Es ist ein auf den ersten Blick schwer verständliches Paradox: Nigeria exportiert pro Tag zehnmal mehr bestes schwefelreiches Rohöl, als die Schweiz verbraucht – und muss doch in grossem Stil Treibstoffe importieren. Wie wir 2016 in unserer «Dirty Diesel»-Recherche gezeigt haben, kommen diese wie in anderen westafrikanischen Ländern zu grossen Teilen von Schweizer Händlern; und ihr Schwefelgehalt übersteigt die Schweizer Norm oft mehrhundertfach.

Die vier staatlichen Raffinerien in Nigeria sind entweder ausser Betrieb oder arbeiten mit stark reduzierter Kapazität. Die Lücke füllen neben den massiven Importen lokal und illegal gebaute Treibstoffe. Die Anzahl von «Buschraffinerien» und deren Produktionsvolumen haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Sie steuern mittlerweile zwischen fünf und 20 Prozent

des gesamten Benzin- und Dieselbedarfs Nigerias bei. Die primitiven Anlagen sind hochgefährlich: Sie verschmutzen die Luft, das Wasser und den Boden in den Mangrovensümpfen; immer wieder kommt es zu Explosionen. Aber sie sind eine wichtige Einnahmequelle für die verarmte Bevölkerung im Delta, die sonst nichts vom enormen Erdölreichtum der Region abkriegt.

Eine Partnerorganisation von Public Eye, das nigerianisch-britische Stakeholder Democracy Network (SDN), hat nun die gesundheitlichen Auswirkungen beim Verbrauch dieser illegalen Treibstoffe unter die Lupe genommen. Sie nahm sich dafür unser Vorgehen bei der «Dirty Diesel»-Recherche zum Vorbild und analysierte Treibstoffproben. Um einen Vergleichsmassstab zu haben, untersuchte das SDN auch offizielle Samples aus Tankstellen von internationalen und lokalen Konzernen – in

der Erwartung, dort auf eine bessere Qualität zu stossen. Anfang 2016, als wir unsere «Dirty Diesel»-Studie fertigstellten, gab es in Nigeria noch keine Tankstellen mit Schweizer Beteiligung, weshalb wir damals keine Proben aus dem grössten Land Westafrikas untersuchten. Dies änderte sich noch vor der Publikation. Vitol, der weltgrösste Erdölhändler und das umsatzstärkste Unternehmen der Schweiz mit Sitz in Genf, ging mit der nigerianischen Firma Oando ein Joint Venture ein. Nach Angaben von Vitol betreibt diese über 385 Tankstellen im Land.

Die Analysen

Alle von unserer Partnerorganisation analysierten Treibstoffproben enthielten viel höhere Konzentrationen des schädlichen Schwefels als die in der EU und der Schweiz erlaubten 10 parts per million (ppm; Anteile pro Million). Bei den illegal gebräuteten Treibstoffen lagen die durchschnittlichen Schwefelkonzentrationen bei 1523 ppm für Diesel, 401 ppm für Benzin und 759 ppm für Kerosin, das zum Kochen verwendet wird.

Doch Überraschung: Die «offiziellen» Diesel-Proben enthielten im Durchschnitt mit 2044 ppm nochmals fast ein Viertel mehr Schwefel als das lokale Gebräu. Und auch bei Benzin und Kerosin lagen die Durchschnittswerte geringfügig höher. Die höchste analysierte Schwefelkonzentration in einer Dieselprobe lag mit 3020 ppm sogar etwas über dem nigerianischen Grenzwert von 3000 ppm. Sie stammte von einer Oando-Tankstelle – dem Joint Venture von Vitol – in der Stadt Port Harcourt im Nigerdelta.

Eine Erklärung für dieses Resultat, das unsere Partner vom SDN gleichermassen überraschte wie uns, liegt im geringen Schwefelgehalt des «süssen» nigerianischen «Bonny Light»-Rohöls. Selbst wenn dieses mit primitivsten Mitteln gekocht wird, kommt dabei noch ein halbwegs akzeptabler Treibstoff heraus. Vitol und andere Konzerne hingegen verwenden für «African Quality»-Treibstoffe billigeres Rohöl mit über zehnmal mehr Schwefel. Zudem zeigen die vom SDN vorgenommenen Analysen, wie auch schon unsere vor vier Jahren, hohe Werte von weiteren gesundheitsschädlichen Substanzen.

Lösung in Griffweite

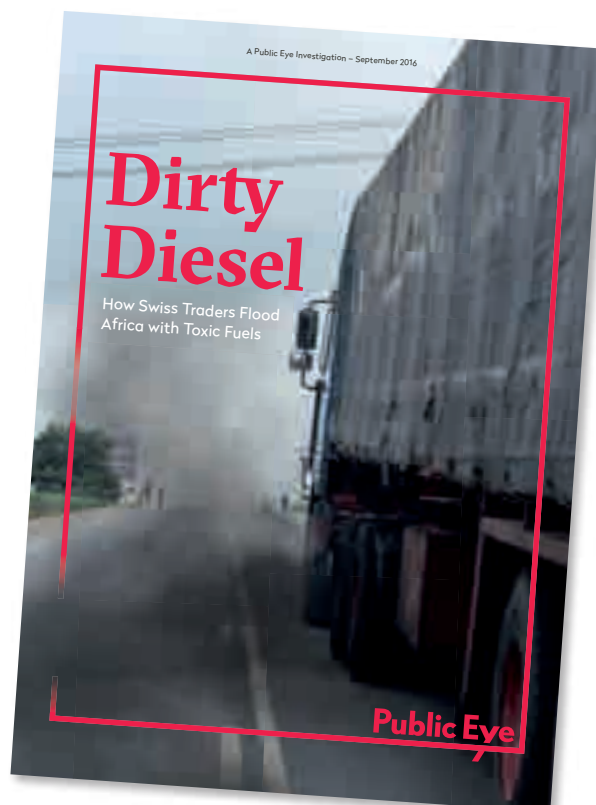
Aufgrund der Resultate der «Dirty Diesel»-Recherche forderte Public Eye von der Schweizer Regierung rechtlich verbindliche Sorgfaltsprüfungen für Unternehmen bezüglich Umwelt und Menschenrechten, welche die ganze Lieferkette abdecken und die Prüfung der Risiken potenziell gefährlicher Stoffe einschliesst. Und an die Adresse der Schweizer Rohstoffhandelsfirmen ging die Botschaft, sofort damit aufzuhören, die existierenden Doppelstandards auszunutzen und weltweit nur noch schwefelarmen Treibstoff herzustellen und zu vertreiben.

Geschehen ist in beiden Fällen bisher nichts. Dennoch ist eine Lösung in Griffweite. Bei einer Annahme der Konzernverantwortungsinitiative, über die wir im November abstimmen, würde die Schweizer Regierung nämlich zum Handeln gezwungen.

Verbindliche Höchstwerte beschlossen

Die renitenten Konzerne, die nicht nur ungehindert weiter verantwortungslos wirtschaften, sondern wie im Fall von Vitol das toxische Geschäftsmodell sogar ausgeweitet haben, werden nun auch durch die afrikanischen Regierungen zum Einhalt gebracht. Im Februar haben die Umwelt- und Erdölminister der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS neue verbindliche Standards für importierte Treibstoffe beschlossen. Die Schwefelhöchstwerte für Diesel und Benzin werden auf 50 ppm gesenkt – dies die Schwelle, bei der Katalysatoren und Partikelfilter noch funktionieren. Zusammen mit ebenfalls neu erlassenen Normen für den Import von Occasions-Autos wird dadurch die Luftverschmutzung massiv reduziert werden können.

Was noch fehlt, ist die formelle Bestätigung dieser Beschlüsse durch das ECOWAS-Parlament und den Ministerrat. Corona hat auch hier die Zeitpläne durcheinandergebracht. Doch wenn alles gut geht, wird am 1. Januar 2021 das Geschäftsmodell «Dirty Diesel» Geschichte sein. Keine fünf Jahre, nachdem Public Eye dieses aufgedeckt hat.▪



Vor exakt vier Jahren deckte Public Eye mit diesem 164-seitigen Bericht das Geschäft mit dreckigem Treibstoff für Westafrika auf. Im Januar dürfte es Geschichte sein.



Eine Freiwillige erhält in den USA im Rahmen eines klinischen Versuchs eine von Moderna entwickelte Testimpfung.

© Hans Pennink/AP/Keystone

Das Gesetz des Stärkeren

Remdesivir ist das erste in der Schweiz zugelassene Medikament gegen Covid-19. Doch ob wir Zugang dazu haben werden, ist noch völlig ungewiss. Denn die Befürchtungen, die wir in unserer letzten Ausgabe vom Juni äusserten, waren offensichtlich berechtigt: Die USA haben sich praktisch die gesamte Produktion bis Ende September gesichert. Auch die von Public Eye unterstützten Aufrufe, sich auf internationaler Ebene um einen gerechteren Zugang zu bemühen, konnten das Gerangel um Behandlungen und – zukünftige – Impfstoffe nicht verhindern.

PATRICK DURISCH

Swissmedic hat Anfang Juli das antivirale Arzneimittel Remdesivir der US-Firma Gilead zur Behandlung von Covid-19-Patientinnen und -Patienten in der Schweiz zugelassen. Das Problem dabei: Die USA allein beanspruchen 500 000 Dosen für sich – das entspricht der gesamten Juli-Produktion und 90 Prozent der Produktion im August und September. Auch die EU hat mit Gilead einen Vertrag über 150 000 Dosen abgeschlossen. Da die Schweiz nur spärliche Reserven hat, ist ihr Zugang zur Behandlung – insbesondere, falls es einen erneuten raschen Anstieg der Krankheitsfälle geben sollte – keineswegs gesichert. Die Konkurrenz wird hart sein.

Zwangslizenz – die Schweiz bleibt stur
Dabei gibt es in Indien, Pakistan und Ägypten – in Absprache mit Gilead – hochwertige Generika des Medikaments. Diese sind bis zu 80 Prozent günstiger als die

2500 US-Dollar, die der kalifornische Konzern für eine fünftägige Behandlung verlangt. Weil das Medikament patentiert ist, kann die Schweiz keine Generika einführen – ausser mittels einer sogenannten Zwangslizenz, von der sie aber partout nichts wissen will; aus Angst, den Interessen ihrer Pharmaindustrie zu schaden. Dabei wäre dieser Mechanismus, der die Vermarktung von Generika auch bei bestehendem Patentschutz ermöglicht, der einzige legale Weg, einen ausreichenden Zugang zu Remdesivir sicherzustellen.

Seit Jahren kämpft Public Eye dafür, dass sich die Schweizer Behörden für einen umfassenden Zugang zu Medikamenten in der Schweiz wie in ärmeren Ländern einsetzen – und aufhören, sich dem Mittel der Zwangslizenz zu verschliessen. Im Fall von Remdesivir ist der von Gilead geforderte Preis klar überrissen. Denn in die Entwicklung des Medikaments sind beträchtliche



© Sivaram/Reuters

Werden auch diese Inderinnen in Kochi profitieren, falls sich der Impfstoff bewährt?

öffentliche Mittel geflossen, seine Wirksamkeit ist begrenzt und die Produktionskosten belaufen sich schätzungsweise gerademal auf neun Dollar für einen vollständigen Behandlungszyklus. Remdesivir wird dem US-Konzern die Taschen füllen.

Die öffentliche Gesundheit in Geiselhaft

Auch wenn die Pharmariesen noch so lange beteuern, sie wollten keinen Profit aus der Krise schlagen – offensichtlich können sie es doch nicht lassen. Gilead besass gar die Frechheit, im März für Remdesivir den Status eines Medikaments zur Behandlung einer seltenen Krankheit zu beantragen, was zahlreiche Vorteile mit sich gebracht hätte. Unter dem Druck der Zivilgesellschaft wurde das Vorhaben aufgegeben. In der Vergangenheit hatte Gilead bereits mit dem antiviralen Hepatitis-C-Medikament Sovaldi Aufsehen erregt, dessen astronomischer Preis in der Schweiz zu einer Rationierung führte, wie es sie noch nie gegeben hatte.

Auch Roche aus Basel wird – insbesondere in Indien – kritisiert: wegen des hohen Preises und der unzureichenden Versorgung mit seinem Immunsuppressivum Actemra, das möglicherweise bei schwer erkrankten Covid-19-Patientinnen wirkt, die hohe Entzündungswerte aufweisen. Eine Dosis kostet 600 Dollar (in der Schweiz 100 Franken), obwohl es eine ältere, jetzt wieder neu in Umlauf gebrachte Behandlung ist, die sich längst bezahlt gemacht hat. Roche weigert sich, sein Herstellungsmonopol aufzugeben, wodurch die Produktion erheblich gesteigert und die Nachfrage

gedeckt werden könnte. Falls Actemra zur Behandlung von Covid-19 zugelassen wird, könnte das gleiche Szenario eintreten wie bei Remdesivir – schliesslich wird Actemra von Roches Tochtergesellschaft in den USA hergestellt. Diese Beispiele machen deutlich, dass Patente in Pandemiezeiten, in denen eine schnelle Reaktion entscheidend ist, noch problematischer sind als ohnehin schon.

Zwangslizenz in Deutschland?

Anfang April empfahl Public Eye Alain Berset, dem Beispiel Deutschlands zu folgen und in der Schweiz ein beschleunigtes Verfahren für Zwangslizenzen vorzusehen, um in Krisenzeiten ein wirksames Instrument zur Hand zu haben. Unsere Forderung blieb ungehört. Sollten patentierte Medikamente tatsächlich knapp werden, wird Deutschland das Problem schneller in den Griff bekommen als die Schweiz. Und wenn Berlin handelt, wird die Schweiz auch nicht profitieren können, indem sie die im Nachbarland vermarkteten Generika importiert – da sie dies prinzipiell ablehnt.

Auch unserer Forderung zur Unterstützung eines Covid-19-Technologie-Pools, wie ihn Costa Rica der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vorgeschlagen hat, ist die Schweiz nicht nachgekommen. Dieser Pool, C-TAP (Covid-19 Technology Access Pool) genannt, sieht die Zusammenlegung aller Patente und Exklusivrechte auf Diagnosetests, Medikamente und Impfstoffe im Kampf gegen das Coronavirus vor. Die Initiative wird nicht nur von der WHO und vielen – namentlich



© Adriano Machado/Reuters



© Kim Chul-Soo/EPA/Keystone

europäischen – Staaten unterstützt, sondern ebenso von ehemaligen Spitzenangestellten der Pharmaindustrie wie Paul Fehner, dem einstigen Verantwortlichen für Geistiges Eigentum bei Novartis.

Impfstoffe – jeder für sich

Bei den Impfstoffen sind die Aussichten nicht vielversprechender: Wurden sie im Frühling von den Grossmächten noch als «globales öffentliches und der ganzen Welt zugängliches Gut» bezeichnet, bestellen diese – allen voran die USA und Europa – nun massenhaft Dosen für ihre eigene Bevölkerung – ohne Gewissheit

Die Schweiz untergräbt die internationalen Bemühungen um eine globale Verteilung, für die sie angeblich eintritt. Doch eine Garantie, einen zugelassenen Impfstoff oder zumindest eine Rückerstattung ihrer Ausgaben zu erhalten, hat sie nicht.

über deren Wirksamkeit und ohne Rücksicht darauf, was für andere noch übrig bleibt. Auch die Schweiz hat dafür ein Budget von 300 Millionen Franken vorgesehen und Anfang August bei Moderna 4,5 Millionen Dosen bestellt. Nicht nur hat die – bis vor Kurzem noch unbekannte – US-Firma noch nie zuvor Impfstoffe

vermarktet, auch die Technologie, auf der der Covid-19-Impfstoff beruht, wurde bislang nie zugelassen. Die Höhe des bezahlten Betrags wird geheim gehalten. Schätzungen gehen von 35 US-Dollar pro Dosis oder insgesamt 150 Millionen Franken aus. Dass das Schweizer Unternehmen Lonza Partner von Moderna ist und ein Teil der Produktion in Visp stattfinden wird, hat beim Entscheid sicherlich eine Rolle gespielt. Dennoch ist es für die Schweiz ein riskantes Unterfangen: Eine Garantie, einen zugelassenen Impfstoff oder zumindest eine Rückerstattung ihrer Ausgaben zu erhalten, gibt es nicht. Zudem untergräbt die Schweiz damit die internationalen Bemühungen um eine globale Verteilung, für die sie angeblich eintritt.

Die Aufrufe zu internationaler Solidarität sind nationalem Egoismus gewichen. Die Sitzländer der Pharmariesen gewähren diesen weiterhin massive öffentliche Subventionen, ohne jegliche Bedingungen bezüglich des Endpreises und der Verfügbarkeit von Impfstoffen. Monopole erschweren eine rasche Produktionssteigerung und eine gerechtere weltweite Verteilung. Ohne Mechanismus zur Aufhebung der Monopole entscheidet allein die Pharma gemäss ihren Geschäftsinteressen, wer ein Produkt herstellen kann und wer zu welchem Preis in dessen «Genuss» kommt. Ein gerechter Zugang für alle kann nur durch einen ungehinderten Wissenstransfer garantiert werden. Was die Welt heute wirklich bräuchte, wäre politischer Mut und internationale Solidarität. ▪



Lenin Merino Anfang dieses Jahres bei der Arbeit.

© Ramiro Aguilar Villamarín

Covid-19 und Pestizide: ein hochgefährlicher Cocktail

Eine Covid-19-Infektion kann für Menschen mit geschwächtem Immunsystem schwerwiegende Folgen haben. Wie beim 31-jährigen ecuadorianischen Plantagenarbeiter Lenin Merino, der jahrelang Pestiziden ausgesetzt war und über den wir im April berichtet haben. Im Juli ist er dem Virus erlegen.

ROMANO PAGANINI

Die Beerdigung von Lenin Merino hatte etwas Groteskes – insbesondere wenn man weiss, dass er seit seiner Kindheit mit hochgefährlichen Pestiziden arbeitete. Denn statt dass ihm die Familie in Ruhe das letzte Geleit erweisen konnte, wurden sie und Lenins Sarg am Tag der Abdankung von maskierten Friedhofsmitarbeitern im Ganzkörper-Overall und motorisierten Kanistern am Rücken mit einer rosaroten Flüssigkeit besprüht. So berichtet es Juan Céspedes, Lenins Arbeitgeber. Der Motorenlärm habe das Schluchzen der Angehörigen übertönt, und das Chemikalien-Gemisch, das angeblich dazu dienen sollte, die Übertragung des Virus' zu verhindern, habe sich wie eine Decke auf Haare, Kleider und Haut der Trauergemeinde gelegt.

Die Szene ereignete sich Mitte Juli auf einem Friedhof in Santa Rosa, einem Küstenort in der Nähe von Machala im Süden von Ecuador – also jener Gegend, die weltweit mit am stärksten von der Pande-

mie betroffen war. Eine Aufbahrung der Verstorbenen findet im Andenstaat seit Monaten nicht mehr statt. Und so wurde auch Lenin Merino nur wenige Stunden nach seinem Tod begraben. Vier Jahre lang hatte er als Vorarbeiter bei Juan Céspedes gearbeitet. Lenins Entscheidung, dort sein Geld zu verdienen, war gesundheitlich bedingt. Denn auf der Finca El Cisne, ausserhalb Machalas, der selbst ernannten «Welthauptstadt der Bananen», werden Biobananen für den Export nach Europa angepflanzt, spricht: ohne synthetische Pestizide. Das war wichtig für Lenin. Schliesslich war er, den wir in unserer Reportage im April zu seinem Schutz «Daniel» genannt hatten, als Zwanzigjähriger schwer erkrankt.

Einfache Grippe reicht für den Tod

Sein Doktor warnte ihn damals davor, je wieder in Kontakt mit Agrarchemikalien zu kommen. Lenin Merino, der zusammen mit drei Brüdern und einer Schwester in



Knochenjob auf der Leiter: Lenin und ein Kollege beim Abpacken von Bananen.

© Ramiro Aguilar Villamarín

bescheidenen Verhältnissen in Santa Rosa aufgewachsen war, galt als schweigsam, aber äusserst gewissenhaft. «Er war so etwas wie Mutter und Vater in einer Person», beschreibt ihn seine eigene Mutter, die Lenin und dessen Geschwister alleine grossgezogen hat. Schon früh mussten die Kinder selber Geld verdienen. Lenin arbeitete zunächst in einer Bäckerei, wechselte dann aber bald in die Bananenindustrie. Mit zwölf Jahren führten ihn seine Brüder ins Handwerk der *Enfundadores* ein, eine der härtesten Aufgaben in den Plantagen. Immer und immer wieder müssen diese die Leiter hinauf- und hinuntersteigen, um die Bananenbüschel von den Stauden zu holen und in Plastiksäcke zu packen – Säcke, die mit hochgefährlichen Insektiziden und Fungiziden imprägniert sind. Meistens findet diese Arbeit ohne oder nur mit geringer Schutzausrüstung statt.

Wenige mächtige Firmen wie der Schweizer Händler Chiquita kontrollieren den globalen Banan Handel. Die Arbeitsbedingungen auf Ecuadors Bananenplantagen sind äusserst hart.

Lenin krampfte jahrelang von Montag bis Samstag, bis er sich mit zwanzig Jahren eines Tages kaum noch auf den Beinen halten konnte. Innert kürzester Zeit verlor er Appetit und Gewicht und litt nächtelang an hohem Fieber.

«Zunächst vermutete man, dass ich an Dengue erkrankt war», sagte Lenin während unseres Interviews Anfang Jahr. «Mein Blut war vergiftet und ich hatte nur noch 45 Prozent der weissen Blutkörperchen. Der Arzt sagte mir damals nach der Untersuchung, dass ich eine einfache Grippe allenfalls nicht überleben würde.» Er verschrieb Lenin eine Vitamin-Kur in Kombination mit Medikamenten. Und da er fortan keinen Kontakt mehr mit Pestiziden haben durfte, verdingte sich Lenin in den folgenden Jahren beim Muscheln sammeln an der Küste – bis er doch wieder auf die Bananenplantagen zurückkehrte.

Durch Pandemie verstärktes Prekariat

Die Arbeitsbedingungen auf Ecuadors Monokulturen sind äusserst hart und tragen Züge moderner Sklaverei. Wenige, dafür umso mächtigere Firmen, darunter auch der Schweizer Händler Chiquita mit Sitz im waadtländischen Etoy, kontrollieren den globalen Handel mit der Tropenfrucht und haben massgeblichen Einfluss auf die Produktionsbedingungen. Wie wir in unserer Reportage im April aufgezeigt haben, schieben sie ihre Verantwortung für Menschen- und Arbeitsrechte jedoch oft auf die Produzenten ab. Diese wiederum – insbesondere die kleinen und mittelgrossen – kämpfen derzeit ums Überleben. Der vom ecuadorianischen Landwirtschaftsministerium etablierte Mindestverkaufspreis pro Bananenschachtel von 6.40 US-Dollar hat sich in den Wochen der Pandemie mehr als halbiert. Das führt dazu, dass landesweit hunderte Plantagenarbeiter und -arbeiterinnen ihren Job verloren haben oder auf ihr Gehalt warten.



Von wegen gesund: Die Bananen werden in mit Insektiziden und Fungiziden imprägnierte Säcke gepackt.

Die Bananen-Gewerkschaft Astac hatte bereits Mitte März in einem Schreiben an die Regierung darauf hingewiesen, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter der Pandemie praktisch schutzlos ausgesetzt seien. Für den Transport zu ihren Arbeitsplätzen sässen sie eng nebeneinander und das Risiko, sich mit Covid-19 anzustecken, werde dadurch unweigerlich erhöht. Ausserdem bestätigt Astac-Präsident Jorge Acosta auf Anfrage, dass die Arbeitenden für Schutzmaterial wie Masken oder Handschuhe selber aufkommen müssen.

Höheres Erkrankungsrisiko

Die Gewerkschaft zitiert in ihrem Schreiben auch Professor Hans-Peter Hutter, Umweltmediziner an der Medizinischen Universität Wien, der mit seinem Team 2015 Plantagenarbeiter in Ecuadors Süden untersucht hatte. «Nebst anderen Organen können insbesondere die Lungen akut und chronisch beeinträchtigt werden», sagt der Arzt und Ökologe via Skype. Generell können auch Leber und Nieren, die für die Entgiftung toxischer Stoffe zuständig sind, durch den Einsatz von Agrarchemikalien in Mitleidenschaft gezogen werden.

Hans-Peter Hutter, der seit Jahrzehnten zu Umweltschadstoffen forscht, sagt, Pestizide könnten je nach Komposition der Chemikalien und individueller Veranlagung der Person Nerven- und Herzkreislaufsystem, die Atemorgane, aber auch die Immunabwehr oder den Hormonhaushalt beeinträchtigen. «Da die Atemwege von Plantagenarbeitern im konventionellen Bananenanbau aufgrund des Pestizideinsatzes bereits vorbelastet

sein und subtile Entzündungen aufweisen können, ist davon auszugehen, dass ihr Risiko, an Covid-19 zu erkranken, grösser ist als bei Menschen, die keinen Kontakt mit Pestiziden hatten.» Erhöht sei auch das Risiko für einen schwereren Krankheitsverlauf, bis hin zu Spitalbehandlung oder gar vorzeitigem Tod.

19 Jahre für unseren Bananenhunger

Lenin Merino litt Ende Mai wie elf Jahre zuvor plötzlich an sehr hohem Fieber. Gemäss Juan Céspedes, dem Arbeitgeber, der Lenin auf seinem Grundstück wohnen liess, habe er kaum noch gegessen und sich immer wieder übergeben müssen. Zwei Wochen darauf fuhr Lenin nach Santa Rosa. Doch auch seine Mutter konnte nicht helfen. Schliesslich wurde er mit Verdacht auf Dengue ins Spital eingeliefert. Dort, so berichtet seine Mutter, stellten die Ärzte nach einem Bluttest fest, dass Lenin zudem auch HIV-positiv war. Kurze Zeit später infizierte er sich im Spital mit Covid-19. «Aufgrund seiner Vorgeschichte gehörte der Mann klar zur Hochrisikogruppe», analysiert Facharzt Hans-Peter Hutter.

Die Ärzte in Santa Rosa wollten Lenin zunächst nach Guayaquil oder Cuenca verlegen, den beiden nächst grösseren Städten. Der langjährige Plantagenarbeiter sollte von Spezialisten behandelt werden, erinnert sich die Mutter. «Doch Lenin wollte nicht. Er bevorzugte es, bei seiner Familie zu bleiben.» Am 11. Juli, kurz vor Mitternacht, endete das Leben des 31-Jährigen – 19 Jahre, nachdem er seine Kindheit dafür geopfert hatte, den europäischen Hunger nach Bananen zu stillen. ▪

Die giftige Doppelmoral der Europäischen Union

Die jüngste Recherche von Public Eye und Uearthed deckt auf, in welchen Massen Pestizide aus der Europäischen Union exportiert werden, die dort verboten sind. Ein heuchlerisches Rechtssystem erlaubt es den Agrochemiekonzernen, Länder wie Brasilien, Indien oder Marokko im grossen Stil mit Stoffen zu beliefern, die in der Landwirtschaft der EU aufgrund ihrer Gefährlichkeit nicht mehr eingesetzt werden dürfen. Und niemand exportiert mehr davon als Syngenta mit Sitz in Basel.

LAURENT GABERELL UND GÉRALDINE VIRET

Im Februar haben wir in unserer letzten Recherche aufgezeigt, welch kolossale Summen die Agrochemiekonzerne mit dem Verkauf von für Mensch und Umwelt hochgefährlichen Pestiziden verdienen (*im Magazin vom April*). In unserer jüngsten Recherche geht es nicht um dermassen hohe Beträge – obwohl sich auch hinter den Zahlen, die wir Ihnen in der Folge präsentieren, enorme Profite verbergen. Jahr für Jahr werden Pestizide, die in der Europäischen Union aufgrund ihrer Toxizität verboten sind, in europäischen Ländern produziert und dann in Länder mit lascheren Vorschriften (und erhöhten Risiken bei der Anwendung) exportiert – und das ganz legal. Dieser Umstand ist längst bekannt. Aber die Dimensionen dieser Exporte konnten die wichtigsten Akteure unter Berufung auf das sakrosankte «Geschäftsgeheimnis» bisher immer im Dunkeln lassen.

Gemeinsam mit Uearthed, der Investigativabteilung von Greenpeace UK, hat Public Eye über Monate recherchiert, welche Rolle die EU bei der Produktion und Ausfuhr der gefährlichsten Pestizide spielt. Da die schweigsamen Produzenten selbst aggregierte oder geschwärzte Daten und Dokumente bevorzugen, haben wir bei der Europäischen Chemikalienagentur ECHA und bei nationalen Behörden Anträge gestellt, um relevante Informationen zu erhalten. Schliesslich erhielten wir Tausende «Exportnotifikationen» – Formulare, welche die Unternehmen gemäss der europäischen Gesetzgebung ausfüllen müssen, wenn sie vorhaben, Produkte auszuführen, welche in der EU verbotene Chemikalien enthalten. Die Menge der schlussendlich tatsächlich exportierten Stoffe kann zwar von diesen beantragten Mengen abweichen. Aber es ist die beste Informationsquelle, die es derzeit gibt. Im Folgenden präsentieren wir Ihnen ein Panorama der Exporte verbotener Pestizide aus der EU im Jahr 2018.

Über 81 000 Tonnen «unerwünschter» Pestizide
Im Jahr 2018 haben EU-Länder den Export von 81 615 Tonnen Pestiziden genehmigt, in denen sich Inhalts-

stoffe finden, die zum Schutz von Mensch oder Umwelt auf dem europäischen Markt nicht mehr erlaubt sind. Über 90 Prozent dieser Exporte stammen aus Grossbritannien, Italien, den Niederlanden, Deutschland, Frankreich, Belgien und Spanien. Drei Viertel der insgesamt 85 Zielländer für giftige Pestizide «Made in Europe» sind Entwicklungs- oder Schwellenländer. Brasilien, Ukraine, Marokko, Mexiko und Südafrika etwa gehören alle zu den zehn wichtigsten Importeuren.

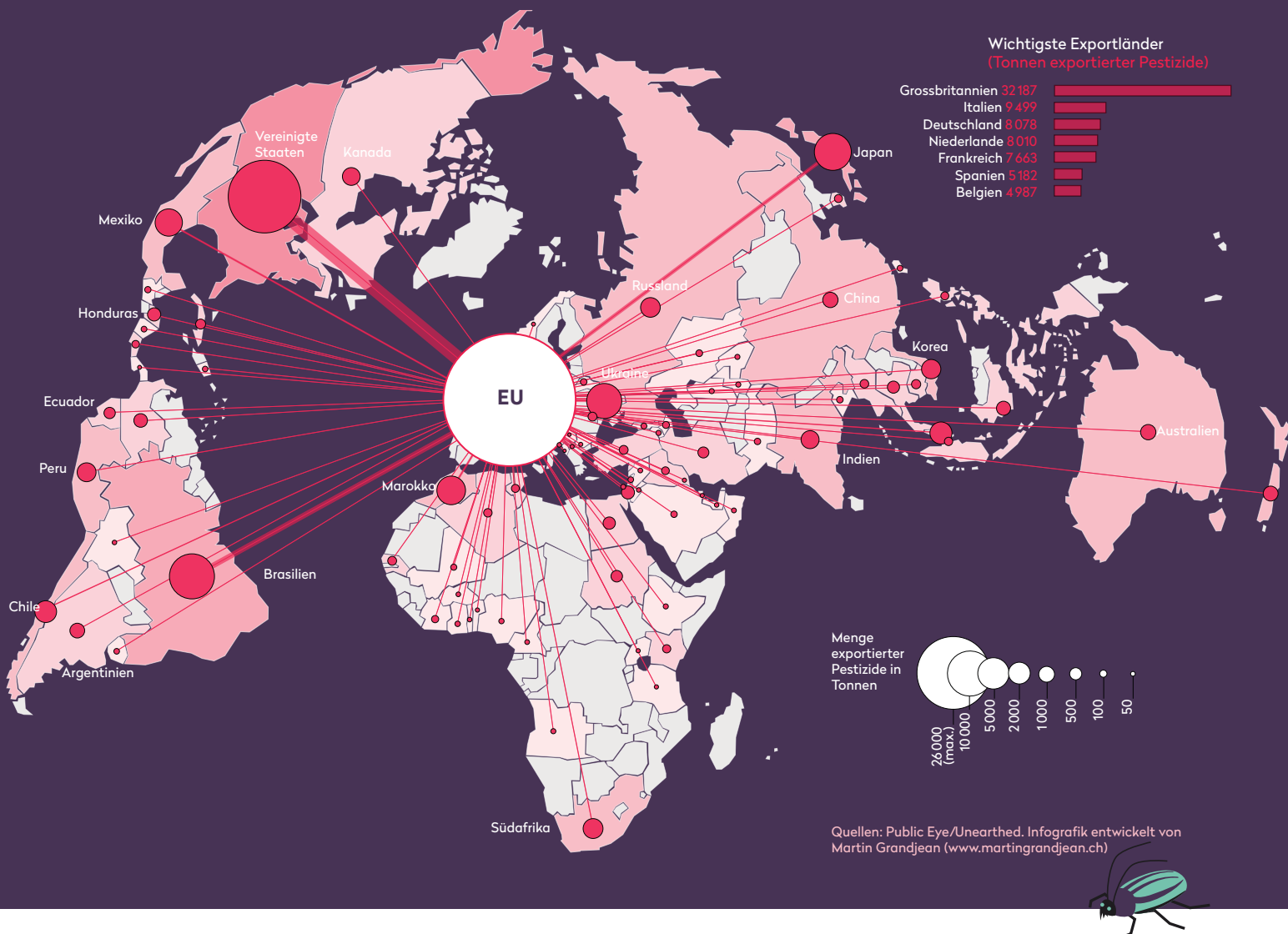
Zu den grössten Absatzmärkten für hochgefährliche Pestizide aus der EU gehören jene Länder, die Europa mit Nahrungsmitteln und Agrarprodukten versorgen. Ob in die USA, nach Brasilien oder in die Ukraine: Die EU erlaubt den Export von in Europa unerwünschten Stoffen, deren Rückstände dann zuweilen wiederum auch in unseren Nahrungsmitteln auftauchen.

Die Nummer eins: Syngentas Bestseller

Im Jahr 2018 wurden Exportanträge für insgesamt 41 in der EU verbotene Pestizide bewilligt. Die Gesundheits- oder Umweltrisiken, die gemäss den europäischen Behörden selbst mit diesen Stoffen in Verbindung stehen, sind erschreckend und reichen von hoher akuter Toxizität über die Gefahr von Fehlbildungen, Fortpflanzungs- oder Hormonstörungen oder Krebs bis hin zur Verschmutzung von Trinkwasserquellen und Ökosystemen.

Ein einziges dieser Pestizide macht mehr als ein Drittel der Gesamtmenge aus: Paraquat. In der EU ist der Stoff wegen extrem hoher Risiken für Anwenderinnen und Anwender seit 2007 verboten, in der Schweiz sogar bereits seit 1989. Studien zeigen, dass die chronische Exposition mit Paraquat selbst in niedrigen Dosen eine Parkinson-Erkrankung fördern kann. Dennoch produziert der Basler Konzern Syngenta das Herbizid in seinem konzerneigenen Werk im englischen Huddersfield munter weiter und vertreibt es von dort in fast alle Ecken der Welt, wo es auf Mais-, Soja- und

Export von verbotenen Pestiziden aus der EU im Jahr 2018



Baumwoll-Monokulturen angewandt wird. 2018 bewilligten die britischen Behörden dem Basler Konzern die Ausfuhr von über 28 000 Tonnen Mischprodukten mit dem Inhaltsstoff Paraquat. Die Hälfte davon gelangte in die USA, wo sich Syngenta gegen juristische Klagen von Landwirtinnen und Landwirten wehren muss, die an Parkinson erkrankt sind. Der Rest ging zu grössten Teilen an Entwicklungs- und Schwellenländer; zuoberst auf der Liste stehen Brasilien, Mexiko, Indien, Kolumbien, Indonesien, Ecuador und Südafrika. Dass in diesen Ländern eine sichere Anwendung dieser hochgefährlichen Substanz nicht garantiert werden kann, hat sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt: Regelmässig kommt es zu Vergiftungen von Bauern und Bäuerinnen mit Paraquat.

Das am zweithäufigsten exportierte und in der EU verbotene Pestizid ist Dichlorpropen. Der als «möglicherweise krebserregend» eingestufte Stoff, der poten-

ziell sowohl Konsumentinnen und Konsumenten wie auch Vögel, Säugetiere und Wasserorganismen gefährdet, wurde in der EU 2007 verboten. Im Jahr 2018 wurden in Europa dennoch Exportanträge für insgesamt 15 000 Tonnen davon gestellt – grossmehrheitlich vom US-Unternehmen Corteva und von Inovyn, einer Tochtergesellschaft des britischen Konzerns Ineos. Zu den wichtigsten Abnehmern gehört Marokko, wo Dichlorpropen im Tomatenanbau eingesetzt wird – oft ohne jegliche Schutzausrüstung. Und in Honduras spielte die Substanz eine Rolle bei Vergiftungen von Landarbeitenden auf Melonenfarmen, wie Recherchen zeigten.

Irreführende Argumente der Hersteller

Unseren Daten zufolge ist der Basler Konzern Syngenta der grösste Exporteur von verbotenen Pestiziden aus der EU. 2018 hat er eine fast drei Mal so hohe Ausfuhrmenge beantragt wie die Nummer 2, die US-Firma Corteva.

Aber auch viele andere wollen ein Stück dieses giftigen Kuchens. 2018 exportierten 30 Unternehmen verbotene Substanzen. Neben Syngenta, Corteva und den deutschen Grosskonzernen Bayer und BASF spielen auch kleinere Unternehmen wie die italienische Finchimica und die deutsche Alzchem eine nicht unbedeutende Rolle.

Public Eye und Unearthed haben alle 30 Unternehmen auf der Liste kontaktiert. Die Hälfte – unter anderem Syngenta – hat geantwortet. Im Wesentlichen brachten die Hersteller vier Argumente vor: Erstens seien ihre Produkte sicher. Zweitens engagierten sie sich für Risikominimierung. Drittens würden sämtliche, von den Anwenderländern souverän beschlossenen Gesetze eingehalten. Und viertens sei es nicht erstaunlich, dass viele im Ausland vertriebene Pestizide in der EU nicht registriert seien, weil die hiesige Landwirtschaft und das Klima ganz anders seien.

Nur: In der EU wurden all diese Substanzen aufgrund inakzeptabler Risiken ausdrücklich verboten. Genau aus diesem Grund sind sie auf der sogenannten EU-PIC-Verordnung zur Regelung der Ein- und Ausfuhr gefährlicher Chemikalien und Pestizide aufgeführt und unterliegen einer Exportnotifikationspflicht.

Unseren Daten zufolge ist der Basler Konzern Syngenta der grösste Exporteur von verbotenen Pestiziden aus der Europäischen Union überhaupt. Aber auch viele andere wollen ein Stück dieses giftigen Kuchens.

Es sei «irreführend zu behaupten, diese gefährlichen Pestizide könnten in ärmeren Ländern sicher eingesetzt werden, wo oft nicht einmal die notwendige Schutzausrüstung vorhanden ist», sagt UN-Sonderberichterstatter Baskut Tuncak auf Anfrage. «Die meisten dieser Länder verfügen weder über die notwendigen Systeme noch über die Kapazitäten, die Pestizidanwendung zu kontrollieren und zu überwachen.» Aufgrund dieser praktisch inexistenten Kontrollen ist die Exposition und folglich die Schädigung von Mensch und Umwelt in den Zielländern weit schlimmer als in Industrieländern. In Entwicklungsländern sterben gemäss UN-Informationen jährlich über 200 000 Menschen an den Folgen von Pestizidvergiftungen.

Schluss mit der Doppelmoral

Mit ihrer Strategie «Farm to Fork», also vom Bauernhof bis auf den Teller, die im Mai mit grossem Tamtam lanciert worden ist, positioniert sich die Europäische Kommission als weltweite Pionierin auf dem Weg hin zu einem «fairen, gesunden und umweltfreundlichen»

Ernährungs- und Landwirtschaftssystem. Gegen den Export hochgefährlicher, in Europa verbotener Pestizide hat sie aber offenbar nichts einzuwenden.

Im Juli forderten 36 UN-Expertinnen und -Experten die Europäische Union auf, dieser «betrüblichen» Praxis den Riegel zu schieben. Reiche Länder müssten die «Schlupflöcher» stopfen, die den Export von verbotenen Substanzen in Regionen ermöglichen, in denen «die Vorschriften weniger streng sind», und so «die Gesundheits- und Umweltauswirkungen auf Kosten der Schwächsten zu externalisieren», schrieben die Fachleute in einer gemeinsamen Erklärung. In Frankreich wird ein dementprechendes Verbot 2022 in Kraft treten – trotz des heftigen Widerstands der Hersteller, welche die Entscheidung kippen wollten. Anfang 2020 wurde der Rekurs der Pestizidproduzenten abgewiesen – weil die Einschränkung der Unternehmensfreiheit in diesem Punkt angesichts der «potenziellen Schäden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt» gerechtfertigt seien.

Niederlande unterstützt ein Verbot

Public Eye und Unearthed haben auch die betroffenen europäischen Regierungen kontaktiert. Die meisten von ihnen verschanzen sich hinter der Gesetzeslage und der Souveränität der einzelnen Staaten. Offener zeigten sich die niederländischen Behörden. Sie wären bereit, ein europaweites Verbot zu unterstützen und zu diesem Zweck mit Paris zusammenzuarbeiten. Unsere Recherche, die von grossen europäischen Medien aufgenommen wurde, trägt hoffentlich dazu bei, dass die Regierungen und schlussendlich auch die Herstellerfirmen endlich Verantwortung übernehmen.

Pestizidhersteller, die weiterhin verbotene Substanzen in Länder exportieren, in welchen die Risiken nicht kontrolliert werden können, genauso wie Regierungen, die dies zulassen, verhalten sich zynisch und verletzen ihre internationalen Verpflichtungen zur Achtung von Menschenrechten und zum Schutz der Umwelt. ▪



Generalversammlung 2020 – für einmal nur schriftlich

Keine spannende Podiumsdiskussion, kein multimedialer Jahresrückblick, keine Gespräche beim Apéro – wegen der Einschränkungen durch Covid-19 musste die Generalversammlung von Public Eye dieses Jahr in schriftlicher Form stattfinden.

1257 Mitglieder haben uns die Stimmkarte zurückgeschickt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Aline Gavillet und Yann Lenggenhager. Dieses Jahr zurückgetreten ist Elisabeth Chappuis. Wir danken ihr herzlich für ihre Arbeit und ihr Engagement!

Die weiteren bisherigen Vorstandsmitglieder wurden für eine weitere Amtszeit bis 2022 bestätigt, Pierrette Rohrbach wurde als Präsidentin wiedergewählt. Die Stimmberechtigten haben zudem den Jah-

resabschluss genehmigt. Als Revisionsstelle für 2020 und 2021 wurde die bisherige Revisionsstelle BDO AG bestätigt. Wir danken allen Mitgliedern, die sich an dieser aussergewöhnlichen Generalversammlung beteiligt haben. Ein grosser Dank geht auch an die Freiwilligen, die uns bei der Auszählung unterstützt haben. Das Protokoll wird mit der Einladung zur Generalversammlung 2021 verschickt. Diese findet hoffentlich wieder in normalem Rahmen statt – am 12. Juni 2021 in Olten.



Bereit für den Abstimmungskampf: eine Delegation aus Vorstands-, Team- und Regionalgruppenmitglieder nach der ungewöhnlichen GV.

JA zur Konzernverantwortungsinitiative am 29. November

Endlich ist es soweit: Am 29. November kommt die Konzernverantwortungsinitiative zur Abstimmung. Die Ausgangslage ist zwar gut, ein Abstimmungssieg aber längst nicht gewiss. In den nächsten Wochen müssen wir möglichst viele Menschen überzeugen, ein JA in die Urne zu legen.

Machen Sie mit? Dann sprechen Sie mit Menschen in Ihrem Umfeld über die Initiative. Die wichtigsten Argumente finden Sie auf dieser Doppelseite. Und beteiligen Sie sich an der Postkarten-Aktion auf der Rückseite dieses Magazins.



Die Initiative ist eine Selbstverständlichkeit

Glencore vergiftet Flüsse im Kongo und die Luft in Sambia. Der Basler Konzern Syngenta verkauft hochgefährliche Pestizide, die bei uns schon lange verboten sind. Und Schweizer Goldraffinerien stehen im Verdacht, von Kindern gefördertes Gold zu schmelzen. Immer wieder verletzen Konzerne mit Sitz in der Schweiz die Menschenrechte und ignorieren minimale Umweltstandards. Die Initiative fordert eine Selbstverständlichkeit: Wenn Konzerne auf Kinderarbeit setzen oder Flüsse verschmutzen, sollen sie dafür geradestehen.



Nicht länger die Augen verschliessen.

Die Manager grosser Konzerne wissen genau, wo ihre Geschäfte mit den Menschenrechten im Konflikt stehen. Doch manche von ihnen gewichten den Profit höher als den Schutz von Mensch und Umwelt. Deshalb braucht es die Konzernverantwortungsinitiative.



Wer einen Schaden anrichtet, muss dafür geradestehen

Damit sich auch dubiose Multis an das neue Gesetz halten, müssen Verstösse Konsequenzen haben. Konzerne sollen deshalb in Zukunft für Menschenrechtsverletzungen haften, die sie verursachen.



Eine Lösung mit Augenmass

Die Haftung ist auf Gesellschaften beschränkt, über die ein Konzern tatsächlich die Kontrolle ausübt. Wer verantwortlich wirtschaftet, hat nichts zu befürchten. Viele Länder haben bereits ähnliche Gesetze verabschiedet, beispielsweise gegen Kinderarbeit oder den Handel mit Mineralien aus Konfliktgebieten.

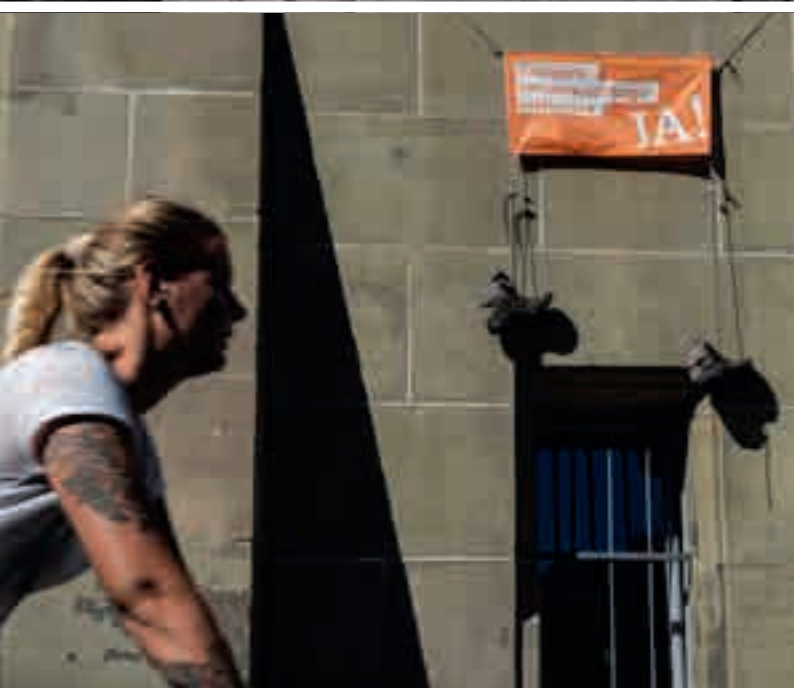


Kein Konkurrenzvorteil durch Verantwortungslosigkeit

Die meisten Konzerne halten sich an die Regeln. Einige skrupellose Konzerne setzen sich jedoch über Umweltstandards hinweg und ignorieren Menschenrechte. Sie verschaffen sich Konkurrenzvorteile durch Verantwortungslosigkeit. Um das zu verhindern, braucht es die Konzernverantwortungsinitiative.



Weitere Informationen zur Initiative auf
www.publiceye.ch/kvi





Helpen Sie mit, dass wir die Abstimmung gewinnen.

Am **29. November** stimmen wir über die Konzernverantwortungsinitiative ab. Wir können diese Abstimmung gewinnen – aber nur, wenn wirklich alle abstimmen gehen, die die Initiative unterstützen. Unsere Erfahrung zeigt: Mit persönlichem Engagement kann man am effektivsten andere Menschen zum Handeln bewegen.

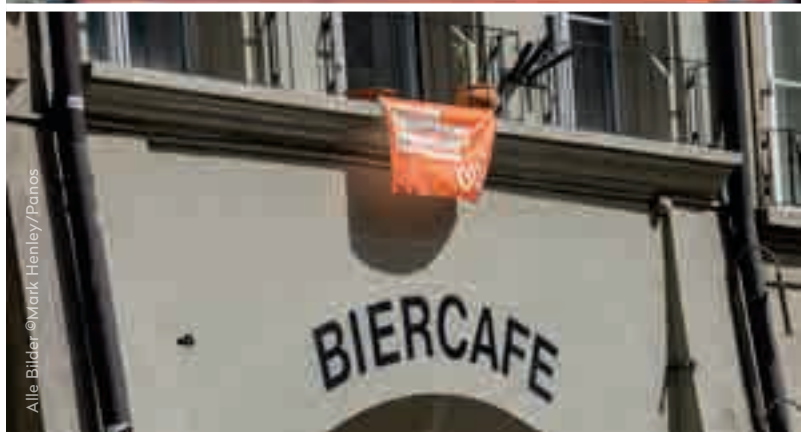
Deshalb planen wir die grösste Mobilisierungsaktion, die es in der Schweiz je gegeben hat: Mit einer halben Million handgeschriebenen Postkarten wollen wir möglichst viele Stimmberechtigte daran erinnern, **JA** zu stimmen, sobald die Abstimmungsunterlagen kommen!

Damit das gelingt, brauchen wir Ihren Einsatz:

Geben Sie Ihr persönliches Postkarten-Versprechen ab: Sagen Sie uns auf www.peye.link/karten oder mit der angehefteten Antwortkarte, wie viele Ihrer Bekannten Sie anschreiben werden. Sobald die Abstimmung näher rückt, senden wir Ihnen die entsprechende Anzahl Postkarten.

Vielen Dank für Ihr Engagement

JA!



Alle Bilder ©Mark Henley/Panos

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dienerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch, Postkonto 80-8885-4

publiceye.ch

@publiceye_ch publiceye.ch @publiceye_ch



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye

Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns
Public Eye

JA!



Public Eye
Postfach 1317
8021 Zürich

Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns
Public Eye

JA!



Public Eye
Postfach 1317
8021 Zürich

Ich mache mit bei der riesigen Postkarten-Aktion für die Konzernverantwortungsinitiative!

Ich verschicke (bitte ankreuzen): 10 25 50 Postkarten

Name Vorname

Strasse/Nr. PLZ/Ort

E-Mail Telefon

Wir geben Ihr Postkarten-Versprechen an das Sekretariat der Konzernverantwortungsinitiative weiter. Dieses koordiniert die Aktion und schickt Ihnen Anfang Oktober die Postkarten und weitere Informationen zu.



Ich mache mit bei der riesigen Postkarten-Aktion für die Konzernverantwortungsinitiative!

Ich verschicke (bitte ankreuzen): 10 25 50 Postkarten

Name Vorname

Strasse/Nr. PLZ/Ort

E-Mail Telefon

Wir geben Ihr Postkarten-Versprechen an das Sekretariat der Konzernverantwortungsinitiative weiter. Dieses koordiniert die Aktion und schickt Ihnen Anfang Oktober die Postkarten und weitere Informationen zu.

